

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinsten Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochgradigsten Verhältnisse, oberhalb der Hauptmannschaften 1 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 259

Sonnabend den 5. November 1921

87. Jahrgang

Amthliche Bekanntmachungen.

Das Oberversicherungsamt Dresden hat die **Ortsalohn** für den Bezirk des unterzeichneten Versicherungsamtes vom 1. Januar 1922 ab folgendermaßen neu festgesetzt:

Versicherte über 21 Jahre		Versicherte von 16 bis 21 Jahren		Junge Leute u. 14 b. 16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren	
männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche
M.	W.	M.	W.	M.	W.	M.	W.
a) Städte Altenberg, Bärenstein, Frauenstein, Geising, Glashütte und Lauenstein, Gemeinden Großhau, Hänichen, Ripsdorf, Kreltscha, Obercarsdorf, Pölsendorf, Rechenberg, Schlottwitz, Schmiedeberg, Wilmsdorf und Zinnwald:							
28	19	20	16	13	9	4	4
b) die übrigen Gemeinden und sämtliche Gutsbezirke:							
20	13	15	11	10	7	3	3

Amtshauptmannschaft — Versicherungsamt — 1048a P. Dippoldiswalde, am 29. Oktober 1921.

Auf Blatt 101 des Handelsregisters, betr. die Firma Bruno Scheibe in Dippoldiswalde, ist heute eingetragen worden. Die Firma lautet künftig: Bruno Scheibe, Nachf. Alfred Fischer. Der Inhaber Robert Bruno Scheibe ist ausgeschieden. Der Kaufmann Ernst Alfred Fischer in Dippoldiswalde ist Inhaber. 1 A. Reg. 73/21. **Amtsgericht Dippoldiswalde, den 28. Oktober 1921.**

Auf Blatt 258 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß die Firma: A. B. Goldammer, Sport- und Turnschuhfabrik in Kreltscha, künftig: Bernhard Goldammer, Sport- und Turnschuhfabrik in Kreltscha, lautet. **Amtsgericht Dippoldiswalde, den 29. Oktober 1921. 1 A. Reg. 69b/21.**

Vertiliges und Sächliches.

— Morgenbesuch am Stubensfenster. In Feld und Wald ist es kahl geworden, der Umzug der Vogelwelt hat seinen Anfang genommen. Wer im letzten Winter gewohnt war, am Fenster eine Futterstelle einzurichten, der schaue sich jetzt um. Die zierlichen Meisen sind da und schauen zufräulich ins Fenster. Es ist ein Anblick, der einem das Herz warm macht. Wenn die Hausfrau noch eine alte Speckschwarte liegen hat, so ziehe sie einen Faden hindurch und klemme den unten zwischen die Fensterflügel. Es ist eine Freude, die dankbaren Tierchen zu sehen.

— Tären zu machen! Jetzt, wo die Witterung zunehmend rauher und die Kohlenfeuerung täglich kostspieliger wird, hat der Mahnruf: „Tären zu!“ wieder volle Berechtigung. Besonders die Kinder sollten streng angewiesen werden, jede geöffnete Tür wieder zu schließen. Vor allem die Haustür! Nur wenige Leute machen sich den rechten Begriff von der Durchkühlung eines geheizten Hauses bei windigem Wetter infolge offener Haustür. In wenigen Minuten ist die Temperatur des Treppenhofes um einige Grade gesunken. Die Folge ist, daß bald darauf auch die Zimmerfluren und die Zimmer selbst — und zwar vom Erdgeschoß bis zum obersten Stockwerk — stark abgekühlt sind. Eine bei kaltem, stürmischem Wetter offene Haustür kühlt allen Mietspartei den Hausbesitzer teures Kohlenmaterial und vermehrte Arbeit des Einheizens.

— **Höchstpreise für Kartoffeln.** Das sächsische Wirtschaftsministerium hat eine vom 1. November in Wirksamkeit tretende Verordnung erlassen, daß die von der Preisnotierungskommission des Landes Kulturrates jeweils bekanntgegebenen Erzeugerpreise für im Freistaat Sachsen erbaute Speisekartoffeln Höchstpreise im Sinne des Reichsgesetzes über Höchstpreise sind. Hiernach können insbesondere Speisekartoffeln, deren Abgabe zu den Höchstpreisen von den Erzeugern verweigert wird oder bei deren Verkauf die Höchstpreise überschritten werden, namentlich dann, wenn sie aus Sachsen ausgeführt werden sollen, eingekauft werden. Höchstpreisüberschreitungen werden nach den reichsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere auch nach § 4 der Reichsverordnung gegen Preistreiber, bestraft. Händler haben außerdem zu gewärtigen, daß gegen sie das Verfahren zur Entziehung der Handelslaubnisse wegen Unzuverlässigkeit eingeleitet wird.

— Von ansteckenden Tierkrankheiten trat am 31. Oktober im Verwaltungsbezirk Dippoldiswalde neben der Tollwut die Maul- und Klauenseuche ebenfalls in nur einem Gehöft auf; am 15. Oktober herrschte die letztere in 2 Gemeinden mit 3 Gehöften.

— Mit dem 31. Dezember 1921 läuft die Frist zur Nachzahlung freiwilliger Beiträge bei der Angestelltenversicherung für die Jahre 1914 bis 1920 ab. Versicherte, deren Anwartschaft in diesen Jahren nicht aufrecht erhalten ist, müssen also, um ihre Ansprüche nicht zu verlieren, die fehlenden freiwilligen Beiträge bis zum Schlusse dieses Jahres einzahlen.

Schmiedeberg. Am 10. und 11. Dezember wird die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege durch das hiesige Gewerkschaftskartell zum ersten Male hier eine Bücherausstellung veranstalten.

Schmiedeberg. Bei der hiesigen Gemeindevorstandspartei erfolgen im Monat Oktober d. J. 201 Einzahlungen in Höhe von 84 833,62 M.; dagegen wurden 153 Rückzahlungen im Gesamtbetrage von 97 422,41 M. geleistet.

Altenberg. Die Kantorei-Gesellschaft besteht nunmehr 325 Jahre.

Bärenstein. Vor 25 Jahren wurde hier die Gründung eines Varietés- und Sparkassenvereins beschlossen.

Pölsendorf, 2. November. Heute vor 25 Jahren feierte man hier das 300 jährige Kirchenjubiläum.

Hainsberg. Die Firma Ernst u. Karl Römer schenkte ihren Arbeitern je 300 M. zum Kartoffeleinkauf.

Kreltsdorf. Die hiesigen Landwirte gaben ihre Kartoffeln im Orte für 45 M. ab und schenkten 40 Zentner zur Verteilung an Minderbemittelte. Zum gleichen Zwecke sammelten Ortsbewohner 1800 M. in bar.

Freital. Seit dem 1. November erscheint hier eine neue sozialdemokratische Zeitung, die „Freitaler Volkszeitung“.

Dresden. Präsident Fräßdorf eröffnet am Donnerstag die Landtags-Sitzung um 1 Uhr. Am Regierungstische ist nur Wirtschaftsminister Jellisch. Die kleinen Anfragen des Abg. Heßlein, der Frau Abg. Salinger usw. werden regierungsseitig beantwortet und der Kommunist Renner begründet seinen Antrag im Reichsmieterschutzgesetz Sicherungen gegen die Abwälzbarkeit der Grundsteuer auf die Mieter zu schaffen. Er hält eine Agitationsrede und wird von der Rechten abgelehnt. Der Antrag wird schließlich dem Rechtsausschuß überwiesen. Ein kommunistischer Antrag, den 9. November als Feiertag zu erklären, wird antragsgemäß auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Die zweite Lesung dieses Antrages findet am kommenden Dienstag statt. Es kommen sodann die Verhandlungen auf dem Kartoffelmarkt zur Sprache. Es entwickelt sich eine lebhafte Debatte, die teilweise eine solche Unruhe im Hause hervorruft, daß die Redner nur teilweise zu verstehen sind. Schuld an der Kartoffelverfeuerung tragen zweifellos zum größten Teile die Aufkäufer. Der Antrag wird schließlich dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag den 8. November, 1 Uhr, mit der Tagesordnung: Besetzung der Erweiterung der Landeskulturrentenbank, erste Beratung über die Vorlage betreffend Schaffung der Stelle eines Direktors für das deutsche Forschungsinstitut für die Lederindustrie in Dresden, Anfrage über eine Aenderung des Kultusministers Fleißner in einer politischen Versammlung, erste Beratung eines Antrages, die Entlassung von Waldarbeitern betreffend, und zweite Beratung über den Antrag, die Festlegung des 1. Mai und 9. November als gesetzliche Feiertage betreffend. Schluß der Sitzung 6,10 Uhr.

— Die amtliche Preisnotierung der sächsischen Kartoffelnotierungskommission vom Mittwoch nachmittag, die bis nächsten Mittwoch gilt, sieht folgende Erzeugerpreise ab Verladestation je Zentner für alle Sorten vor: In den Bezirken Leipzig, Dresden und Bautzen 48—58 M., in den Bezirken Zwickau und Chemnitz (Gebirge) 48—58 M. Die Preise sind als Höchstpreise im Sinne der neuen Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums anzusehen. Sie gelten allerdings nur für die in Sachsen gebauten Kartoffeln.

— Wie dem Teulunion-Sachsendienst mitgeteilt wird, haben der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, und der Verband der Rechtsanwalts- und Notariats-Angehörigen, Ortsverein Dresden, infolge der Weigerung des Dresdner Anwaltsvereins, Tarifvertragsverhandlungen zu führen, die Sperre über sämtliche Kanzleien der im Landgerichtsbezirk Dresden ansässigen Rechtsanwaltschaft verhängt. Vermittlungen von Rechtsanwaltsangehörigen werden demnach von diesen Organisationen nicht mehr vorgenommen.

— Die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt und der Stadtrat zu Radeberg verbleiben Jugendlichen unter 17 Jahren nach 10 Uhr abends den zwecklosen Aufenthalt auf Straßen und Plätzen sowie in den Anlagen und den Besuch von

Schankstätten, wenn sie nicht in Begleitung der Eltern, von Verwandten, Lehr-, Dienst- oder Arbeitsherren oder anderer Erziehungsberechtigter sich befinden. Strafen: 150 M. oder 14 Tage Haft im Höchstfalle.

— Der Bezirk Dresden-Neustadt bewilligte dem Johanniter-Krankenhaus in Heidenau eine Jahresbeihilfe von 3000 M.

— Die Milchhändlerin Anna Petasch in Dresden wurde zu einem Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie Wasser in die Milch gab.

— Der Gewerkschaftsrat für Sachsen vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund fordert zur Arbeitsruhe am 9. November auf.

Pirna. Der Bezirk Pirna erhebt bei Lanzvergnügungen 1,20 M. Steuer, bei Kostümfesten 3 und bei Maskenbällen 5 M. 50% der Robeinnahme erhält der Ort, in dem die Lanzstätte liegt.

Sebnitz. Städtische Kartoffelaufkäufer konnten in Langenwolmsdorf Kartoffeln erhalten, wenn sie sämtliche 800 Zentner unausgelesen zum Preise von 75 M. abnahmen, da es „Saatkartoffeln“ seien.

Ramenz. In einem an der Moltkestraße gelegenen Garten hat es das warme Herbstwetter der vergangenen Wochen fertiggebracht, zwei Äpfelbäume noch mit einer zweiten Frucht zu erfreuen. Allerdings sind die zweiten Äpfel an Zahl zwar groß, aber doch so klein, daß ihre Verwertung ausgeschlossen ist.

Rochlitz. Die Beschaffung von Kartoffeln für Minderbemittelte beschäftigte die Stadtverordneten. Um Kartoffeln für die Minderbemittelten (Invaliden-, Alters- und Unfallrentner, Almosenempfänger und Kleinrentner) zu besorgen, hat sich der Rat veranlaßt gesehen, für diesen Zweck 1200 Zentner Speisekartoffeln bei den Landwirten unserer Umgegend zu kaufen. Die Kartoffeln sollen den Minderbemittelten zu dem Preise von 30 M. für den Zentner überlassen werden. Bürgermeister Orleshammer sprach seine Genugung darüber aus, daß sich die Landwirte auch diesmal wieder wie früher in bereitwilligster Weise zur Lieferung der benötigten Menge Kartoffeln erklärt haben, ohne daß Einwendungen dagegen von irgendeiner Seite gemacht worden seien.

Wurzen. In Zeitz bei Wurzen wurden von einem Unbekannten aus dem Schlosse des Herrn von Arnim Schmuckgegenstände von großem Werte, darunter eine Perlenkette mit 280 Perlen, gestohlen. Der Dieb suchte Stellung als Inspektor; er war von großer Statur, etwa 25 Jahre alt und trug grauen Lodenmantel, grauen Hut und goldenen Klemmer.

Hennersdorf bei Flöha. Ein gräßlicher Unglücksfall hat sich in der Wagenfabrik Melzer ereignet. Der 17-jährige Sohn Walter des Benannten wollte sich nach Arbeitschluß in der Werkstätte noch etwas für sich selbst arbeiten. Beim Auflegen des Riemens wurde der Unglückliche vom Getriebe erfasst und furchtbar zugerichtet. Es wurden ihm beide Beine gebrochen und der linke Arm abgerissen. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde der Bedauernswerte nach dem städtischen Krankenhaus in Chemnitz gebracht, wo er verstarb.

Marienberg. Eine unerfreuliche Entdeckung mußte eine Landwirtin bei Einzahlung einer Summe von mehreren 1000 Mark in 50-Mark-Scheinen machen. Die Scheine bestanden aus den vor längerer Zeit eingezogenen gelben, mit kranzartiger Umrandung versehenen Not. Die Frau, die noch eine größere Anzahl davon zu Hause gehamstert hat, erlitt eine empfindliche Einbuße.

Lößnitz i. E. In der hiesigen Gegend soll jetzt die Schiefergewinnung wieder aufgenommen werden, da gegenwärtig der Schiefer hoch im Preise steht. Zur Ausbeutung des Gemeindegutes Niederalfalter durch eine Aktiengesellschaft bewilligte der Bezirksausschuß Schwarzenberg einen größeren Geldanteil.

Breitenbrunn. Ein hiesiger Bäckermeister versuchte mit seinem Geshirr 42 Sechspfundsbrote, 6 Vierpfundsbrote, 2 Dreipfundsbrote und 60 Zeilen Semmeln nach der Tschoslowaker zu bringen. Er wurde aber von einem Zollbeamten angehalten. Die Waren im Werte von 700 M. wurden beschlagnahmt und der Bäckermeister wegen verbotener Warenausfuhr und Schmuggels zur Anzeige gebracht.

Gränzhain. Der Stadtgemeinderat hat einstimmig beschlossen, die Stadt dem Gemeindeverbande der Gasfernversorgung Annaberg anzuschließen. Die Anschlussverhandlungen der Orte Weierfeld, Bernsbach und Zwönitz mit dem genannten Gemeindeverbande schweben noch, werden aber voraussichtlich bald beendet werden.

Oberlungw. Fabrikbesitzer Louis Bahner hat der Gemeinde ein neues Gussstahlgeläute gestiftet. Infolge der Baufähigkeit des Kirchturms und weil der alte Raum für die Unterbringung eines Gussstahlgeläutes nicht genügt, muß mit der Erneuerung auch eine Veränderung des Turmes vorgenommen werden, die im Frühjahr 1922 beginnen soll.

Zwickau. In der Zwickauer Stadtverordnetenversammlung wurde am Mittwoch der sozialdemokratische Antrag auf Trennung der Urnen für weibliche und männliche Wähler bei den Stadtverordnetenwahlen angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Arbeitsruhe am 9. November für die städtischen Beamten wurde abgelehnt.

Muerbach i. V. Von der Stadtoverwaltung wurde nach längeren, erfolgreichen Bemühungen des Dirigenten der Stadtkapelle, Stadtmusikdirektor Denzel, die städtische Subvention von jährlich 7500 M. auf 24 000 M. erhöht. Stammstärke der Kapelle 16 Musiker, das Mitglied mit 1200 M. jährlich berechnet. Wenn trotz der schlechten Finanzlage der Stadt die Erhöhung einstimmig bewilligt wurde, so waren die außergewöhnlichen Leistungen der Stadtkapelle und ihres Dirigenten unter schwierigsten Umständen die Hauptursache.

Deutscher Reichstag.

Interpellationen und Initiativanträge.

— Berlin, den 3. November.

Die an erster Stelle auf der Tagesordnung stehende Interpellation Stresemann (D. Wp.) über die kommunistischen Unruhen in der Pfalz, ferner die sozialdemokratische Interpellation über die Preissteigerung von Waren deutscher Herkunft werden in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden, ebenso ein Antrag Agnes (U. Soz.) betr. Erhöhung der täglichen Mehlration und eine Gesetzesvorlage über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln, die von den Unabhängigen eingebracht worden ist.

Es folgt die erste Lesung eines sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung der Pfandungsgrenzen bei der Verzinsung über Lohnbeschlagnahme.

Abg. Kaiser (Soz.) begründet die Vorlage hauptsächlich mit dem Hinweis auf die Geldentwertung.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch erklärt, daß ein Gehörtausch ausgearbeitet in seinem Ministerium vorliegt. Eine Regelleistung ist durchaus notwendig. Im Rechtsauschuss wird eine Einigung erzielt werden müssen.

Abg. Warneke (Zent.) stellt fest, daß die Beamten desselben Schutzes bedürfen wie die Arbeiter. Sie sollten ebenfalls berücksichtigt werden.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch stellt mit, daß die Vorbereitungen für die Neuordnung der Beamtenegehälter bereits getroffen sind.

Die Vorlage geht darauf an den Rechtsauschuss.

Auf der Tagesordnung steht dann ein unabhängiger sozialistischer Antrag über die Bekämpfung des Drogenverkehrs.

Abg. Präsident Meißner teilt mit, daß der Steuerauschuß sich mit der Frage der Körperschaftsteuer beschäftigt hat.

Einstimmig wurde dann ein Antrag Kell (Soz.) angenommen, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, die Steuerhöhe im Körperschaftsteuergesetz zu erhöhen und diese Steuer auf andere Anstaltsgeschäfte auszudehnen, die auf ausländische Währung lautende Zahlungsmittel zum Gegenstande haben und bisher nicht von der Steuer erfaßt waren. Das Haus trat diesem Antrage des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung einstimmig ohne Aussprache bei.

Es folgt ein Antrag Gohler (Dem.) wegen beschleunigter Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer.

Abg. Gohler begründet den Antrag mit der finanziellen Notlage des Reiches und führt aus, daß die Reichsregierung aufgefordert werden müsse, mit allem Nachdruck die Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer unverzüglich vorzunehmen. Die Steuerpflichtigen sind gezwungen, Rücklagen für die Schuldzinsen, aber noch nicht veranlagte Steuer zu machen, die ihnen nur ganz gering verginst werden. Es war ein schwerer Fehler, daß man die alten Steuerbehörden nicht bei dem Übergang der Steuer auf das Reich beibehalten hat. (Hört, hört! rechts.) Viele haben noch nicht einmal die Einkünfte zum Einkommensteuer erhalten. Nicht nur das Reich, sondern auch die Länder sind schwer geschädigt, denn ihnen steht ein Anteil an der Einkommensteuer zu. Der Wehner verweist auf die in den Kreisen der Lohnempfänger anwachsende Unzufriedenheit darüber, daß die Steuerentlastung bei den großen Einkommen so mangelhaft betrieben wird.

Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Jost gibt eine genaue Uebersicht über den Stand der Veranlagungsarbeiten. Die Referenten und leitenden Beamten haben persönlich die Finanzämter besucht und sie auf den Ernst der Lage hingewiesen. Doch wird die Veranlagung trotz der angestrengtesten Bemühungen der Finanzverwaltung kaum vor Jahresende abgeschlossen sein.

Abg. Klotze (Ztr.) verlangt Maßnahmen auf die Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen.

Wieder einmal Kohlennot.

Von einem hervorragenden Kenner unserer Wirtschaftsverhältnisse gehen uns die folgenden bemerkenswerten Ausführungen zu:

Als die Bergarbeiter im Ruhrrevier im Frühjahr dieses Jahres das Uebersichtenabkommen kündigten, erklärten die Führer, bei kürzerer Arbeitsdauer würde der Wirkungsgrad der Arbeit in einem solchen Maße zunehmen, daß der Ausfall in kurzem wettgemacht sein werde. Leider ist das Gegenteil eingetreten: die arbeitsmäßige Förderung ist seit dem Fortfall der Uebersichten im Februar um rund 40 000 Tonnen gesunken. Zu diesem erheblichen Ausfall ist der weitere getreten, den zehn Aufrührerwochen in Oberschlesien gebracht haben, und obwohl sich seitdem die dortige Förderung wieder dem normalen Stande genähert hat, haben wir nach dem Gewaltstreik in Genf in Zukunft natürlich nur noch mit einer geringeren Versorgung von Oberschlesien her zu rechnen. Schließlich hat die Trockenheit dieses Sommers und Herbstes, indem sie die Wasserwege nahezu ausschloß, die Transportmöglichkeiten für Kohle allgemein erhöht. Der Wagenmangel schafft von Tag zu Tag neue Hemmnisse, und so pocht das Gespenst der Kohlennot wieder vernehmlich an unsere Tore, das wir seit Jahresanfang ziemlich gebannt glaubten, so daß selbst der Reichskommissar einen Teil der Zwangsbestimmungen und die Lichtverordnung aufhob.

Am schlimmsten steht es mit der Versorgung der Licht- und Kraftwerke, besonders der Gasanstalten, für welche die im Winter unentbehrlichen Rücklagen nicht gemacht werden konnten, weil man sich

schon im Sommer an die Vorräte halten mußte, die man eben anzufüllen begann. Der Hausbrand wird ebenfalls Not leiden, weil er von der Hand in den Mund leben muß. Wenn aber hier doch das Menschenmögliche geschehen muß, so bleibt um so bestimmter die Industrie im Rückstande, deren Arbeit für die Sachleistungen an die Feinde und für ihre Reparationsansprüche gar nicht entbehrt werden kann. Stadt, wie zu befürchten, unter der Kohlennot unsere Ausfuhr, so fallen alle Erfüllungspläne über den Hausen. Gerade die eigentlichen Wiederaufbauindustrien trifft die Kohlennot am schwersten. Die Kalkwerke, die Zement-Industrie klagen heftig über mangelhafte Belieferung mit Kohle, und damit fällt die Neubelegung der Bautätigkeit wieder in sich zusammen. Noch schlimmer aber steht es mit dem stärksten Kohlenverbraucher, der Eisenindustrie, deren seit dem Sommer sichtbarer Aufschwung durch die Kohlennot gelähmt und deren Ausfuhrmöglichkeiten unterbunden werden.

Nur eine stärkere Kohlenförderung könnte helfen, oder aber der Wegfall der Last, die uns das Abkommen von Spa auferlegt hat. Die Ablehnung der Uebersichten, die Verkürzung der Arbeitszeit, hat uns allein im Ruhrbezirk seit 8 Monaten rund 8 Millionen Tonnen Kohle gekostet. Den Franzosen aber und Belgiern müssen wir heute noch 1,6 Millionen Tonnen monatlich liefern, obwohl bei ihnen ein Kohlenüberfluß herrscht, der ihren eigenen Bergbau zu Feierschichten, ja sogar zu Stilllegungen zwingt. Erhebliche Kohlenvorräte lagern dort, vergeblich auf Abruf wartend, auf den Häfen: wir aber müssen, dem feindlichen Machtgebot gehorham, monatlich eine Menge nutzlos in das Ausland strömen sehen, die unsere Not lindern und unsere Arbeit befruchten könnte. Die Willkür der Feinde, die Prinzipienlosigkeit der deutschen Bergleute zehren gleichermaßen an unserem Wohl und lähmen unsere Arbeit. Es wird diesen Winter schlimm und schlimmer mit unserer Wirtschaft gehen. Von wem haben wir dann die rettende Einsicht zu erwarten: von dem Egoismus der Feinde, sofern er härter wäre als ihr Vernichtungswille, oder vielleicht doch von dem Gemeinfinn unserer deutschen Bergleute?

Nordfrankreichs Wiederaufbau.

Deutsche Arbeiter beim Aufbau der Sommerdörfer.

Nach langer Weigerung haben sich die Franzosen nun doch endlich auf Erängen der Bevölkerung in den zerstörten Gebieten entschlossen, deutsche Arbeiter, wenn zuerst natürlich auch nur in geringem Umfange, zu den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich heranzuziehen. Eine Abordnung von Vertretern deutscher Arbeiterverbände und deutschen Sachverständigen aus Handel, Industrie und Landwirtschaft hat das Sommergebiet besichtigt und im Anschluß daran in Verbindung mit französischen Gewerkschaftsvertretern ein vorläufiges Abkommen ausgearbeitet, das den raschen Wiederaufbau von elf Dörfern an der Somme (Gegend von Chaules) durch 2500 deutsche Arbeiter und Techniker bezweckt. Der Wiederaufbau soll sich im Laufe des Jahres 1922 vollziehen. Die Abmachung geht von der Absicht aus, bei Durchführung der Arbeiten von dem Wiesbadener Abkommen im reichsten Maße Gebrauch zu machen. Für die technische Durchführung des Unternehmens soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, in der beide Teile gleichmäßig vertreten sein sollen. Die Kosten des Wiederaufbaus sollen ausschließlich auf Reparationskonto gehen.

Der französische Minister Loucheur hat die deutsche Abordnung empfangen und mit großem Interesse die Mitteilungen über das geplante Abkommen entgegengenommen; es wurde vereinbart, in einer Sitzung am kommenden Montag die praktischen Voraussetzungen für die Durchführung dieses Planes zu prüfen.

Wie der „Matin“ ergänzend berichtet, werden die Arbeiten gemeinsam von der deutschen Organisation der Bauarbeiter und der entsprechenden französischen Organisation ausgeführt werden. Die Arbeiter werden, nach dem Beispiel der Gilden des Mittelalters, zu Gruppen zusammengeschlossen werden, Techniker und Arbeiter werden bei bestimmten Arbeiten eng zusammenwirken. Gewinne dürfen nicht erzielt werden. Es wird keinerlei andere Bezahlung als die der geleisteten Arbeit geben. Es handelt sich für die Franzosen darum, die gelieferten Erzeugnisse in Empfang zu nehmen und nach einem festgesetzten Programm zu arbeiten sowie späterhin eine gewisse Anzahl deutscher Arbeiter nach Frankreich kommen zu lassen. Die vorgesehenen Ausgaben sollen 60 Millionen nicht überschreiten. Es sollen 80 öffentliche und Privathäuser errichtet werden. Durch dieses Beispiel soll dargelegt werden, was erreicht werden kann, wenn zwischen Deutschland und Frankreich Einvernehmen herrscht.

Gegen den Ausverkauf.

Die Maßnahmen der Reichsregierung.

Die Ausbeutung des Tiefstandes der deutschen Mark durch das Ausland zum Schaden der inländischen Bevölkerung hat allmählich, namentlich in den Grenzgebieten, derartige Formen angenommen, daß die Reichsregierung sich gezwungen sah, durch einschneidende Maßnahmen den drohenden Ausverkauf Deutschlands zu verhüten.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind die Landesfinanzämter angewiesen worden, die von ihnen für den Warenverkehr zwischen den Grenzbezirken gewährten Erleichterungen zurückzuziehen bzw. auf ihre Daseinsberechtigung unter den neuen Verhältnissen schärflich zu revidieren.

Ferner hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen veranlaßt, daß seine Ermächtigung an die Zollstellen vom 29. April 1921, nach der eine größere Reihe von Waren allgemein ohne Ausfuhrbewilligungen zur Ausfuhr zugelassen war, für den kleinen Grenzverkehr außer Kraft tritt. Auch hat der Reichskommissar die Zurückziehung der den Ladengeschäften einiger Grenzstädte zur Benutzung im kleinen Grenzverkehr erteilten Sammelausfuhrbe-

willigungen angeordnet oder empfohlen, soweit dies zur Behebung der Mißstände notwendig sei. Schließlich hat der Reichswirtschaftsminister Ausfuhrverbote für Waren des 5. Abschnittes des Zolltariffes (Textilwaren) im kleinen Grenzverkehr für die Bezirke der Landesfinanzämter Karlsruhe (für die badisch-schweizerische Grenze), Würzburg, Köln, Düsseldorf, Münster und Hannover (für die westliche Reichsgrenze) und Altona (für die deutsch-dänische Grenze) erlassen.

Auf dem Gebiete der Ueberwachung der Warenzufuhr wird das Reichsfinanzministerium für sofortige Verstärkung der Grenzüberwachung durch Heranziehung von Zollbeamten aus dem Innendienst unter Zuhilfenahme von geschulten Kräften des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr sorgen.

Trotz dieser in der letzten Zeit veranlaßten Maßnahmen hinaus hat der Reichswirtschaftsminister durch eine im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Bekanntmachung zur Sicherung des Bedarfs der inländischen Bevölkerung die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Reiseverkehr ganz allgemein von einer Ausfuhrbewilligung abhängig gemacht. Diese Bestimmung gibt den Kontrollbehörden die Möglichkeit, der Ausnutzung des Tiefstandes der deutschen Valuta durch reisende Ausländer zum Schaden der inländischen Bevölkerung entgegenzutreten.

Handel und Industrie.

Lebhafter Geschäftsgang.

Die Berichte, die die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im Monat Oktober dem Handelsministerium erstattet haben, zeigen eine Fortdauer des lebhaften Geschäftsganges. Der schlechte Stand der Valuta ermöglichte einen bedeutenden Export und gab dem Inlandsverbrauch zu umfassenden Eindeckungen für die Zukunft, durch die die Läger von Groß- und Einzelhandel schneller geleert wurden, als sie nachgefüllt werden können. Anlaß. Die Tatsache der lebhaften Beschäftigung fast der gesamten Industrie schaffte auch aus sich einen bedeutenden Gegenwartsbedarf. Die Aufhebung der Rheinsollgrenze wurde nicht nur im besten Gebiet als große Erleichterung empfunden. Schwere Hemmnisse der Produktion stellten der Mangel an Qualitätskohlen und eine unzureichende Gesellung von Eisenbahnwagen dar, die durch einen weitgehenden Ausfall des Binnenschiffsverkehrs infolge der ungewöhnlichen Trockenheit verschärft wurde. Dazu kamen in den eisenerarbeitenden Gewerben Knappheit an Rohstoff und in allen Industriezweigen erhöhte Lohn- und Gehaltsansprüche, über die in der Mehrzahl der Fälle eine Verständigung erfolgte, die jedoch vielfach die Kalkulationsgrundlagen der Abschlüsse umwarfen, an deren Ausführung gearbeitet wurde. Viele Industrien sind unter diesen Umständen nicht in der Lage gewesen, der gegenwärtigen Nachfrage zu entsprechen und mußten ihre Lieferungen streng rationieren. In der Beurteilung der Zukunft sind insbesondere nach dem Festbruch über Oberschlesien und dem katastrophalen Sturz der Markvaluta Unsicherheit und Beforgnis eingerissen. Neue Abschlüsse kamen wenig zustande, sei es, daß die Verkäufer nicht für längere Zeit Preise machen konnten, sei es, daß die Abnehmer die geforderten Preise nicht bewilligen wollten. Die durch die Marktentwertung herbeigeführte Unsicherheit hat bisweilen sogar dazu geführt, daß im Inlandsgeschäft Abschlüsse in ausländischer Währung gemacht wurden.

Ungarns Unterwerfung.

Thronentsetzung der Habsburger innerhalb acht Tagen.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz bezüglich des Ausschusses der Habsburger ist von der ungarischen Regierung ohne Einschränkung angenommen worden. Sie hat auf Verlangen des Botschafterrates das Versprechen abgegeben, daß die von ihr beschlossene Thronentsetzung aller Angehörigen des Hauses Habsburg binnen acht Tagen nach Karls Ginstigung Befehlserlangung erfolgen solle. Diese Frist rechnet vom 1. November an, an welchem Karl an Bord des englischen Kriegsschiffes „Glooworm“ gebracht wurde und endet am 8. November.

Die Gesetzbildung.

Die ungarische Regierung hat der Nationalversammlung folgenden Gesetzentwurf über die Aufhebung der Herrscherrechte König Karls und der Thronfolge des Hauses Habsburg vorgelegt:

„Die Herrscherrechte König Karls werden aufgehoben. Die Pragmatische Sanction, die die Thronerbschaft des österreichischen Hauses regelt, hat ihre Wirksamkeit verloren, und hiermit ist das Recht der freien Königswahl wieder an die Nation zurückgefallen. Die Nation hält die Staatsform des Absolutismus unverändert aufrecht, verschiebt jedoch die Befugung des Königtums auf spätere Zeiten und weist das Ministerium an, zu geeigneter Zeit entsprechende Vorschläge zu machen. Das Gesetz tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft.“

Die Partei der kleinen Landwirte, die schon von Anfang an auf dem Standpunkt der freien Königswahl stand, hat beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Ferner hat die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten abgehaltene interparteiliche Konferenz der Nationalversammlung dem Gesetzentwurf einstimmig angenommen. An der Annahme der Vorlage durch die Nationalversammlung ist daher nicht zu zweifeln. Nach der Annahme des Gesetzes wird die ungarische Regierung ihre Demission einreichen. Vorausichtlich wird Reichsverweser Horthy aber den Grafen Bethlen wieder mit der Kabinettsbildung beauftragen.

Die ungarische Regierung hat der tschechoslowakischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß sie alle Beschlüsse durchzuführen werde, welche ihr von den Regierungen der Großmächte vorgelegt werden.

Ein österreichischer Protest an die Entente.

Die österreichische Regierung hat an die Ententemächte einen scharfen Protest gerichtet. In wel-

hem gegen die fortgesetzten Vandalenübergriffe und gegen die Beunruhigung der burgenländischen Bevölkerung durch die Insurgenten Protest erhoben wird.

Die Allierten planen die Entsendung von 15 000 Mann Truppen in das Burgenland, um dort die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Volksabstimmung in Odenburg soll unter denselben Voraussetzungen wie seinerzeit die Volksabstimmung in Kärnten durchgeführt werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 4. November 1921.

— Die neue Beamten-Versorgungsordnung ist den zuständigen Ausschüssen des Reichsrats zugegangen. Das Votum des Reichsrats wird sich bereits am Montag in einer Sonder Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

— Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist von der Besatzungsbehörde für das neubefreite Gebiet (Bräunfelde, Düsselberg und Duisburg) vom 28. Oktober ab für drei Monate verboten worden.

— Die bürgerlichen Parteien im braunschweigischen Landtag haben einen Antrag auf Auflösung des braunschweigischen Landtages eingebracht.

— Eine dem braunschweigischen Landtag zugegangene Regierungsvorlage fordert die Aufhebung des Buztagas als gesetzlichen Feiertag. An dessen Stelle soll der 9. November treten.

— Stegerwald über seinen Rücktritt. Gegenüber einem Vertreter des W. L. D. erklärte der preussische Ministerpräsident, daß der Rücktritt des preussischen Rabinetts letzten Endes auf die Vorgänge im Reich zurückzuführen sei, welche die Gefährdung der parlamentarischen Verhältnisse in Preußen gefährden. In Zukunft werde Preußen bei der Gestaltung seiner parlamentarischen Verhältnisse nach eigenen Rezepten arbeiten müssen, ohne auf die Vorgänge im Reich Rücksicht nehmen zu können. Zur Charakteristik der Regierungskrise machte Stegerwald folgende interessante Ausführungen: In anderen Ländern arbeiten die Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus an deren Unterminierung; in Deutschland tun dies die demokratisch orientierten Parteien selbst. Die Häufigkeit der Regierungswechsel in Deutschland und ganz besonders die Art und Weise, in der sie vor sich gehen, seien nicht geeignet, das parlamentarische System den breiten Volksschichten begreifbar zu machen. Vor allem sei die Obstruktion ein un-demokratisches Mittel, gleichgültig, ob es auf der Straße oder im Parlament angewandt wird. In England könne man solche Stilmittel der Demokratie in dieser Form nicht.

— Die Besitzlosen im Reichswirtschaftsrat. Bei der zweiten Sitzung der Vermögenssteuer-Vorläufer im Reichswirtschaftsrat stimmte die Arbeitnehmergruppe der Vermögenssteuergegner zu, ohne damit zum Ausdruck bringen zu wollen, daß damit eine ausreichende Erfassung des Vermögens erfolgt. Die Arbeitnehmer sehen die Vermögenssteuer nur als eine kleine Abschlagszahlung auf die Besitzbelastung an, sie sehen jedoch davon ab, die Befehlsbefugnisse in diesem Stadium noch zu ändern, weil sie glauben, daß der Besitz noch auf andere Weise herangezogen werden kann, und nur unter der Voraussetzung, daß die in Aussicht genommene Kreditaktion den Erfolg hat, den man erwarten muß, stimmen sie den Steuergegnern zu. Wird die Voraussetzung nicht erfüllt, so sei die Zustimmung unter irtümlicher Voraussetzung erfolgt und sie müsse dann noch nachträglich zurückgezogen werden.

— Gegen die Stilllegung der Deutschen Werke. Im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin protestierten mehrere Hundert Vertreter der 40 000 Arbeiter und Angestellten der Deutschen Werke gegen die drohende Stilllegung der Werke durch die französischen Gewaltmaßnahmen. Ein Mitglied des Betriebsrates der Deutschen Werke in Spandau erklärte, daß der Betriebsrat dem französischen Obersten, der das Werk besucht habe, seine Meinung klar zu erkennen gegeben hätte. Hinter den Arbeitern und Angestellten der Deutschen Werke ständen geschlossen die deutschen Gewerkschaften. Die deutschen Arbeiter ließen es nicht zu, 40 000 Familien brotlos zu machen. Gleichzeitig hat der Betriebsrat auf einen Empfang beim General Kommandanten, um ihm den Standpunkt der Arbeiter- und Angestelltenvertretung zu übermitteln und das Recht auf friedliche Arbeit zu fordern. Die Versammlung brachte ihre Stellung in einer scharfen Resolution zum Ausdruck.

— Vor neuen Unruhen in Mitteldeutschland. Aus Anlaß der Kartoffelnot hat der Oberpräsident Hörsing von der Provinz Sachsen einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem er von der Möglichkeit von Unruhen gegen die Landbevölkerung spricht. Der Oberpräsident behauptet, über die Vorbereitungen der neuen Unruhen sichere Nachrichten in Händen zu haben und richtet im Interesse des öffentlichen Friedens das dringende Ersuchen an die Landwirtschaftskammern, ihren ganzen Einfluß auszubieten, um die landwirtschaftlichen Kreise zu einer reichlicheren, billigeren und schnelleren Vergabe der Kartoffeln zu veranlassen. Im gewissen Zusammenhang mit diesem Aufruf dürften aus Giesleben kommende Nachrichten stehen. Dort und in mehreren benachbarten Ortschaften wurden Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen und eine große Anzahl von Kommunisten verhaftet.

Völkerbund-Ertrag.

— Paris, 3. November. Nach einer Meldung aus New York betrachten die Delegierten der Vereinigten Staaten auf der Abrüstungskonferenz den Gedanken der Errichtung einer freiwilligen Gesellschaft der Nationen mit einem internationalen Gerichtshof als bestes Mittel für die Herabsetzung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Sie hätten die Absicht, diesen Vorschlag als einen Zusatz zu dem Pakt von Paris, also zum Völkerbundsstatut, einzubringen. Nach der „Chicago Tribune“ handelt es sich um den ursprünglichen Harding'schen Plan einer Gesellschaft der Nationen, der an die Stelle des Völkerbundes treten soll.

Der Besuch Hakens in London.

— Berlin, 3. November. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Der Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Hakens in London bezweckte ausschließlich die Erörterung banktechnischer, den Geschäftsverkehr der Reichsbank mit England betreffenden Fragen. Mit Anleihe- oder Kreditverhandlungen stand er überhaupt nicht im Zusammenhang. Insbesondere hat der Reichsbankpräsident auch mit dem Hause Rothschild keinerlei derartige Verhandlungen eingeleitet oder geführt.

Rundschau im Auslande.

— Die Eröffnung des internationalen Gerichtshofes im Haag wird Ende Januar erwartet. Der Gerichtshof wird seine erste Sitzung im Friedenspalast abhalten.

— Die französischen Gefangenen in der Türkei sind entlassen worden.

— Der deutsche Vertreter in Moskau, Professor Wiedenfeld, und das Personal der Vertretung haben 25 000 Mark für die Hungerhilfe gesendet.

— Der Urheber des Anschlages auf König Alexander von Serbien, Marinkowitsch, ist in Athen verhaftet worden.

— Japan hat die Vereinigten Staaten wissen lassen, es sei noch nicht bereit, seine Besatzungstruppen aus der Nordhälfte von Sachalin zurückzuziehen.

— Böhmen: Urtige Mobilisierung in Eger. Wie ein Bericht aus Deutschböhmen meldet, ist es in den letzten Tagen anlässlich von Paradeübungen in Eger zu blutigen Zusammenstößen zwischen tschechischem Militär und Bauern gekommen, wobei es 40 Tote und an 80 Verwundete gegeben hat. Die zur Musterung nach Eger gekommenen Prager tschechischen Militärabteilungen besahen die angenommenen Pferde statt mit Bargeld mit Umweisungen auf die Steuerbehörde. Die Bauern gerieten darüber in große Aufregung und nahmen gegen das Militär Stellung. Dieses feuerte kurzerhand auf die Bauern. Die Verdrängung dieser Tatsache ist in Böhmen streng verboten. Amtlicherseits wird natürlich erklärt, daß von dem Vorfall nichts bekannt sei und daß die Einziehung der Mobiliserten in vollkommener Ruhe von staten gehe. — Die vier größten deutschen Blätter in der Tschecho-Slowakei, „Prager Tagblatt“, „Bohemia“, „Reichenberger Zeitung“ und die „Wochen-Zeitung in Mähisch-Odrau“, haben mit Rücksicht auf die derzeit herrschenden Verhältnisse und auf die jetzt geübte Handhabung der Zensur beschlossen, bis auf weiteres von jeder Stellungnahme zu den politischen Ereignissen abzusehen.

Frankreich: Eine neue Weltgesundheitskonvention.

— Zur wirksamen Bekämpfung der Seuchen hat eine von etwa 40 Staaten beschickte Konferenz in Paris eine neue Weltgesundheitskonvention ausgearbeitet, die an Stelle der im Jahre 1912 geschlossenen Konvention treten soll. Eine Hauptbestimmung ist in dem Vertrage, daß jede Regierung auf diplomatischem Wege allen anderen Regierungen vom Ausbruch irgend einer Seuche auf ihrem Gebiet Kenntnis geben muß. Die mit der Angelegenheit befaßten Regierungen werden jetzt diplomatische Vertreter bestimmen, die in Paris zusammentreten und die Konvention gründlich prüfen sollen, bevor sie ihren Regierungen die Annahme empfehlen.

Dänemark: Die Hilfsaktion für Rußland.

— Während die Entente die Unterstützungsfaktion von der Erfüllung finanzieller Vorbedingungen abhängig macht, haben die nordischen Staaten bereits ein großzügiges Hilfswerk für das hungernde russische Volk in die Wege geleitet. Das dänische Rote Kreuz beschloß eine Hilfsaktion für die notleidenden Kinder, wozu der Staat einen Betrag von 100 000 Kronen bewilligt. Außerdem soll in Dänemark eine Sammlung veranstaltet werden. Die schwedische Hilfskommission für Samara ist von Stockholm nach Reval abgegangen. Außerdem werden zwei Schiffsladungen Fische von Göteborg nach Rußland übergeführt werden. Der gesamte Wert der Auslieferung übersteigt 300 000 Kronen.

England: Die russischen Vorkriegsschulden.

— Die Reichsregierung hat die Sowjetregierung zur Bezahlung eines Teiles der russischen Vorkriegsschulden an die Entente hat in englischen Kreisen wenig befriedigt, da die Sowjetnote lediglich Bezug nimmt auf die zaristischen Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert sei, jedoch nicht die riesigen Forderungen aus zaristischen Anleihen erwähnt, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt ist. Die britische Regierung hat daher eine Note nach Moskau geschickt, in der die Sowjetregierung um Auslieferung dieser Angelegenheit gebeten wird.

Soziales.

— Der Kampf im Berliner Gastwirtsgerwerbe ist in einem kritischen Stadium angelangt. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat sich jetzt damit befaßt, den Streik bezulegen und ist zu dem Entschluß gekommen, als äußerstes gewerkschaftliches Mittel den Generalstreik in Anwendung zu bringen, falls nicht die durch den Reichsarbeitsminister und den Berliner Magistrat angebahnte Vermittelung innerhalb drei Tagen eine Verständigung bringt. — Unabhängig davon droht noch ein Streik der Berliner Gemeindegewerkschaften, die einstimmig beschlossen haben, am 1. Dezember eine Erhöhung aller Löhne um 3,54 Mark zu fordern, und den Magistrat zu ersuchen, die geforderten 1000 Mark bis 10. November auszusahlen, andernfalls Arbeitsniederlegung aller städtischen Arbeiter erfolgt. Außerdem haben die Arbeiter und Angestellten der Gemeindegewerkschaften Berlins beschlossen, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern und auf Bezahlung zu verzichten.

— Die amerikanische Hilfe für Deutschland. Wie das deutsche Rote Kreuz aus New York erfährt, wurde bei der festlichen Zusammenkunft im Hotel Astor in New York, die das Central Relief Committee zur Unterstützung der 3 Millionen Dollar-Kampagne veranstaltet hatte, ein an den Vorsitzenden Charles Nagel, früheren Handelsminister der Vereinigten Staaten, gerichteter Brief des Präsidenten Harding verlesen, in dem er die Bemühungen zur Wiederherstellung wechselseitigen Wohlwollens zwischen Amerika und Deutschland und Österreich herzlich begrüßt. Herr Nagel gab dann die vom Handelsministerium in Washington stammenden, für die letzten zwei Jahre geltenden Totalsummen der nach Deutschland und nach Österreich geschickten Sachen mit 166 Millionen Dollar an. — Das deutsche Rote Kreuz teilt mit, daß der deutsche „New Yorker Herald“ und die Firma Zimmermann-New York für die Hinterlassenen der Verunglückten von Dypau neuerdings einen Betrag von 84 000 Mark und 2400 Dollar an den Reichshilfsausschuß überwiesen haben.

— In der Metallindustrie in Frankfurt a. M. sind sämtliche Lohnverträge zum 30. November gekündigt worden.

Aus Stadt und Land.

— Flugertod am Isonzo. In Italien umwolt Tolo mein am Isonzo sind zwei Flugzeuge verunglückt, die im Auftrage der italienisch-russischen Militärigen einen Flug Turin-Moskau ausführen sollten. Beide Flieger wurden getötet, während die übrigen Insassen unverletzt blieben. Ein drittes Flugzeug hatte vor einigen Tagen in derselben Gegend eine Notlandung vorgenommen und war von seinen Insassen im Stich gelassen worden.

— Uberschwemmungskatastrophe in London. Die Themse ist über die Ufer getreten und überschwemmt in London zahlreiche Straßen; Warenhäuser, Docks und Privathäuser wurden unterwaschen. In vielen Straßen war der Verkehr unmöglich. Der Straßenbahnverkehr zwischen Greenwich, London und Brighton war unterbrochen.

— Wassereintritt in einen Kalkstein. Auf dem Kalkstein Hedwigsburg bei Braunschweig ereignete sich ein schwerer Wassereintritt, dem ums Haar zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen wären. Die Wassermassen brachen mit ungeheurer Gewalt und so großer Kraft hervor, daß nur mit größter Mühe und Eile die Belegschaft unter Tag sich retten konnte. Alle wertvollen Gerätschaften, Maschinen, Wagen, Werkzeuge und Motoren mußten im Stich gelassen werden. Im nahen Reindorf haben sich bereits Erdstöße ereignet. Mehrere Häuser mußten geräumt werden. 12 Familien mußten ihre Wohnungen räumen.

— Ausbruch aus einem englischen Gefängnis. Aus dem Mountjoygefängnis sind eine Reihe weiblicher Gefangener mit Hilfe einer über die Mauer geworfenen Strickleiter ausgebrochen und mit einem Automobil in der Dunkelheit entkommen. Eine Frau war zu zehn Jahren Gefängnis wegen verbotenen Waffensbesitzes verurteilt.

— Ehrung der deutschen Gefallenen in Frankreich. Zum Gedächtnis der in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger legte der Botschafter Dr. Mayer am Allerheiligentage auf dem Pariser Friedhof in Jory, wo ungefähr 100 deutsche Krieger beerdigt sind, in Gegenwart der Mitglieder der Botschaft und der übrigen deutschen Stellen in Paris einen Kranz nieder. Er hielt eine Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß die Feier allen in Frankreich ruhenden deutschen Kriegern gelte, deren ganz Deutschland in tiefer Trauer, aber auch in unsagbarer Dankbarkeit und Bewunderung gedenke. Der Kranz sei vergänglich, die Gedenktafel beständig, aber unvergänglich und hervorragend sei das Denkmal der Tapferen, errichtet im Herzen des deutschen Volkes. Frau Botschafter Dr. Mayer widmete einen Kranz für die deutschen Mütter und Frauen. Sämtliche Gräber waren mit frischen Blumen geschmückt.

— Laugeneintritt in einem braunschweigischen Kalkstein. Der braunschweigische Minister Derter teilte in der Landesversammlung mit, daß in dem Schacht des Kalksteinwerks Hedwigsburg, wo vor einigen Tagen ein Laugeneintritt erfolgte, das Wasser hundert Meter stieg. Von den 600 Arbeitern konnten nur die Hälfte vorläufig auf der Saline des Werkes weiter beschäftigt werden. An eine Beseitigung der Wassermassen sei in absehbarer Zeit nicht zu denken.

— Willkürliche Verhaftungen in Gleiwitz. In der Bohmleerstraße in Gleiwitz erschienen am Mittwoch plötzlich französische Soldaten, die die Zugänge zum evangelischen Vereinshaus absperreten. Es wurde eine Durchsuchung der Räume des Vereinshauses vorgenommen und — an einem Nebebenabend teilnehmenden Leute — ehemalige Kriegsteilnehmer und schärfere Schüler der Mittelschulen, etwa 60 an der Zahl — wurden verhaftet und nach der Franzosenkaserne gebracht.

— Die Rauberei auf dem Lande. Eine Raubbande von 12 Mann hat in Gutengermendorf bei Wittenberg in der Mark wieder ein ganzes Geschäft ausgeplündert. Den Räubern fielen 30 000 Mark bares Geld und viele Wertgegenstände in die Hände. Von den Tätern fehlt auch in diesem Falle noch jede Spur.

— Eine Mauerfarm durch Brandstiftung vernichtet. Auf der Mauerfarm bei Rodburg, die dem früheren Herzog von Koburg gehört, haben unbekannt Täter die mit 10 000 Hektaren Getreide gefüllte Scheune, trotzdem diese von drei Sipolenten bewacht wurde, in Brand gesetzt. Die gesamten Getreidevorräte wurden vernichtet. Der Schaden ist außerordentlich groß.

— Touristenlos. Der letzte über die Alpenländer hereingebrochene Schneesturm hat wieder eine Reihe Todesopfer gefordert. Es erkor auf dem hohen Götter der Glaser Georg Neuhäuser, im Kaisergebirge der Wagner Fritz Pontsch. Vermißt werden seit dem Wettersturz der Buchbinder Rudolf Lang aus Berchtesgaden und die Beamten Karl Schwarz und Karl Winter aus Wien. Die beiden Letzteren sind seit einer Besichtigung des Kleinen Buchsteins im Gebirge, auf dessen Südwand vor kurzem der Tourist Joseph Arthofer zu Tode starb.

— Kartoffeldemonstrationen im westfälischen Industriegebiet. Mehr als fünfzehntausend Bergarbeiter der Hagen in Wanne, Eickel und Röblinghausen veranstalteten vor dem Amtshaus eine Demonstration gegen die hohen Kartoffelpreise. Die Führer mahnten zu Ruhe und Besonnenheit, ließen aber keinen Zweifel darüber, daß sie, falls nicht rasch Abhilfe geschaffen wird, jede Verantwortung ablehnen müssen.

— Für 1/2 Million Radium gekostet. In einem Andenken in Schwabing bei München wurde von zwei noch unermittelten Männern Radium im Werte von über eine halbe Million Mark gestohlen. Eines der Präparate befand sich in einem 3,52 Zentimeter langen Silberröhrchen und enthält 25,28 Milligramm Radiumelement. Das zweite Präparat befand sich in einem Platinröhrchen und enthält 26,76 Milligramm Radiumelement. Man vermutet, daß sich die Täter nach Berlin oder nach Frankfurt a. M. gewandt haben.

Kleine Nachrichten.
 * Auf dem Lagerplatz einer Meisenhandlung in Cannstadt bei Stuttgart sind durch die Explosion einer Granate zwei Arbeiter getötet worden.
 * Die fünf verhafteten Personen, gegen die sich der Nachwacht der Wiltäterschaft an dem Anschlag auf den Abgeordneten Kuer wurden mangels Beweismaterials wieder freigelassen.
 * Die vom Essener Schwurgericht wegen Mordes dreimal zum Tode verurteilten Gebrüder Fleischer sind zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Gerichtssaal.

Die Strafanträge im Kölner Militärtribunalprozess. In dem Prozess gegen Wahl und Genossen, die beschuldigt sind, bei der Belieferung der Sicherheitspolizei mit englischen Tuchen Bucherpreise genommen zu haben, beantragte der Staatsanwalt die Einziehung der Buchergewinne in Höhe von 22 Millionen Mark. Gegen den früheren englischen Offizier Cleland wurde 1 Jahr Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe, gegen den Schweden Trobed 6 Monate Gefängnis und ebenfalls 200 000 Mark, gegen den Angeklagten Steinfeld 300 000 Mark, gegen drei Angeklagte je drei Monate Gefängnis und je 200 000 Mark, gegen einen Angeklagten zwei Monate Gefängnis und 100 000 Mark, gegen einen Angeklagten 6 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe beantragt. Gegen die übrigen Angeklagten wurden Geldstrafen von 50—5000 Mark beantragt.

Sport und Verkehr.

Eröffnung der Main-Großschiffahrt. In Anwesenheit der Staatsbehörden wurde jetzt der neue Mainhafen bei Altschaffenburg dem Verkehr übergeben. Damit ist ein wichtiger Abschnitt auf dem Wege der Großschiffahrt Rhein, Main, Donau erreicht. Im neuen Hafen sind vier Schleusen durch Turbineneinbau mit einer Wasserkraft von sechs Millionen Kilowattstunden ausgerüstet. Die Wasserstraße ist für Schiffe bis zu 1500 Tonnen Tragkraft zugänglich. Der neue Mainhafen erschließt 215 000 Tonnen Lager-Quadratmeter für eine jährliche Umschlagleistung von zwei Millionen Tonnen.

Volkswirtschaft.

Kartoffeln für das besetzte Gebiet. Sämtliche Eisenbahndirektionen sind vom Reichsverkehrsminister angewiesen worden, Wagen für den Kartoffelverkehr nach dem besetzten Gebiet des Rheinlandes vorzugsweise zu stellen und für eine glatte, beschleunigte Durchführung des Transportes zu sorgen.

Zur Verkehrsfrage im Ruhrrevier wird gemeldet: Der Verkehr auf dem Rhein hat an Umfang noch weiter nachgelassen, insbesondere weil sich der Schiffsbetrieb durch zahlreiche Unfälle infolge niedrigen Wasserstandes immer schwieriger gestaltet. Die Folge davon war, daß immer mehr Frachten, die bei normalem Wasserstand den Wasserstraßen zufallen, auf die Eisenbahn abwanderten. Die Bestellung gedeckter Wagen war weiterhin schwierig. Um solche Wagen namentlich für die Beförderung von Kartoffeln zu gewinnen, wurde die Annahme von Frachttägern an einzelnen Tagen auf ganz wenige lebenswichtige Güter beschränkt. Für Kohlen, Stolz und Brekett wurden in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschließlich der nachträglich bestellten Wagen 25 322 Wagen (gerechnet zu je 10 Tonnen) angefordert. Gestellt wurden arbeitstäglich durchschnittlich 17 806 Wagen (Schiffstellung am 24. Oktober 1921 18 915). Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 20 170 Wagen. Die Brennstofflagerbestände auf den Becken haben von 459 689 auf 634 634 Tonnen zugenommen.

Berlin, 3. Novbr. (B. S. S.) Die Devisenhausse hat dem Wertpapiermarkt heute neue große Käufersehnen

jugern und die Angst vor der Mark ist allgemein geworden. Dollarknoten wurden anfangs mit 202 Mark bezahlt; im weiteren Verlaufe erhöhte sich der Kurs auf über 208 Mark im freien Verkehr. Man sieht in diesem Finanzkrisen der weiteren Entwicklung mit großer Sorge entgegen, da diese Bewegung der deutschen Industrie die Rohstoffversorgung abzuschnitten droht. Auf sämtlichen Gebieten fanden Preissteigerungen in einem gewaltigen Umfang statt. Russische Anleihen und Eisenbahn-Prioritäten wurden erheblich höher bezahlt, nachdem die Sowjetregierung sich grundsätzlich zur Anerkennung der Weltkriegsschulden bereit erklärt hat.

Locales.

△ Todeserklärungen von Kriegsteilnehmern. Zur Regelung rechtlicher Ansprüche von Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern ist vielfach die Todesbeurkundung und die gerichtliche Todeserklärung erforderlich. Allein zuständig zur Erstattung der Sterbefallanzeigen an die Standesämter für die im Kriege Gefallenen ist das Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegerverstorbene in Spandau. Nur bei ihm sind die für das Todeserklärungsverfahren Kriegsvollstreckung erforderlichen Bescheinigungen erhältlich. Das Zentralnachweiseamt ist kostenlos tätig. Auch wird kostenlos an die Hinterbliebenen Rat über das einzuschlagende Verfahren erteilt.

U. Sebastian Bach — ein unbekannter. Es ist bekannt, daß ein aufregender „Schmüler“, in dem auf jeder Seite möglichst mehrere Menschen mehr oder minder vornehm Gebüts ihrem tragischen Leben auf mehr oder minder rücksichtslos Art ein Ende machen oder machen lassen, größeren Beifall findet, als wenn sich jemand erdreistet, einem verständigen Publikum eine neue Ausgabe irgend eines in der Literatur mit reichlichem Vorbehalt geschmähten Klassikers vorzuführen. Ganz ähnlich liegen die Dinge im Reiche der Frau Wiska. „Puppchen, du bist mein Augenstern“, hat — das möchte man unter Eid ausfragen — sicher mehr würdige Aufführungen gefunden, als irgend ein Sing-Sang der verehrungswürdigen Herren Beethoven, Schumann, Wagner oder Bach. Gerade dieser letztere ist unlängst in einen obige Tatsachen bestätigenden Handel verwickelt worden. Weht da ein edler Musikfreund, so wird in „Reclams Universalium“ erzählt, in eine Musikalienhandlung und wünscht Bachs Kantate „Ihr werdet weinen“ im Klavierauszug. Der Gehilfe, der sich dieses ehrenvollen Auftrags in der Musikalienhandlung zu entledigen hatte, starrte den Kunden geistesblind an. Plötzlich kam ihm eine Ahnung und er belehrte mit höflich gedämpfter Ueberlegenheit den Käufer: „Diese Kantate ist nicht von Bach, sondern von Hugo Hirsch; es ist auch nicht eigentlich eine Kantate, sondern ein Forttrot, und in Wirklichkeit hat das Musikstück den Titel: „Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht!“

Reizte Nachrichten

Ausreise des Lloyd-Dampfers Seidlich. Bremen. Der Dampfer Seidlich des Norddeutschen Lloyd trat gestern mit vollbesetzten Kabinen und 400 Passagieren 3. Klasse die Reise nach Südamerika an und eröffnet damit die Passagierlinie Bremen—Spanien—Brasilien—Argentinien.

Dr. Dorten in Köln. Köln. Nach der „Rheinischen Zeitung“ war Dr. Dorten zu einer Konferenz der Pöfegemeinde aus Wiesbaden nach Köln gekommen. Er gab zu, daß seine Pläne gescheitert seien. Seine Ausführungen waren von starkem Bestimmismus getragen.

Neue Kämpfe um die Ukraine. Warschau. Pestsura ist von Rumänien aus erneut in die Ukraine eingezogen. Kamenez-Podolsk ist als Hauptstadt ausgerufen worden.

Kämpfe in Marokko. Madrid. Nach amtlichen Berichten aus Melilla haben die Spanier den Berg Faxoda besetzt. Die Rabysen sollen die Gegend von Tetuan geräumt haben.

Die Zerkörung der deutschen Unterseeboote. London, 3. November. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Vizeadmiral der Admiralität, daß zwischen England und den Alliierten bezüglich der Zerkörung der deutschen Unterseeboote gewisse Vereinbarungen beständen. Vier der Unterseeboote wurden, nachdem gewisse Versuche, die man mit ihnen vorgenommen hatte, beendet waren, auf offenem Meere versenkt.

Neue Beanstandungen wegen der Entwaflnung Deutschlands. Berlin, 2. November. Das „Echo de Paris“ meldet, daß General Nollet erneut nach Paris zur Berichterstattung über die deutsche Entwaflnung berufen wurde. Der Vizeadmiral habe neue Beanstandungen wegen der Entwaflnung in Deutschland zu machen.

Japan mit dem englischen Bündnis unzufrieden. Paris, 3. November. Das japanische Blatt „Jiji Shimpo“ erklärt, daß die gegenwärtige Form der englisch-japanischen Allianz für Japan entmutigend sei und daß sie sich mit der Einschränkung der Rüstungen zur See nicht vereinbaren lasse.

Kirchen-Nachrichten

- 24. Sonntag nach Trinitatis, den 6. November 1921. Text: Matth. 9, 18—20. — Lied: 288.
- Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl im der Sakristei: Pastor Rosen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Sup. Michael.
- Sennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst im Pfarrhause.
- Johnsbach. 1/2 9 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Schönfeld. 9 Uhr Lesegottesdienst.
- Kipsdorf. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Fischer.
- 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst: derselbe.
- Kreitscha. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Gustav-Adolf-Kindergottesdienst mit Kollekte für das Schülerheim in Eger. 2 Uhr Taufgottesdienst.
- Dessa. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Pöfendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Vorwerk; im Anschluß daran Beichte und Abendmahlsfeier: Pfarrer Rader. 2 Uhr Taufgottesdienst: Pfarrer Rader.
- Reichstädt. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Reinhardtsgrimma. 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Ruppendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst.
- Sabisdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Schefferbau. 9 Uhr Predigtgottesdienst; anschl. Abendmahl. Schmiebeberg. 1/2 9 Uhr Abendmahlsfeier in der Sakristei. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Friedrich. 2 Uhr Taufgottesdienst.
- Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 2 Uhr Kindergottesdienst in der Schule zu Paulsdorf.

- Montag den 7. November 1921. Text: Luk. 2, 41—52. — Lied: 218.
- Dippoldiswalde. Kirchweihfest. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Rosen. — Kollekte für das werbende, unangreifbare Kirchenvermögen.
- Sennersdorf. 9 Uhr Kirchweihfestgottesdienst.
- Kreitscha. Kirchweihfest. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Predigt. 3 Uhr Taufgottesdienst.
- Pöfendorf. Kirchweihfest. 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pastor Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rader.
- Reichstädt. Kirchweihfest. 9 Uhr Festgottesdienst.
- Reinhardtsgrimma. 9 Uhr Kirchweihfestgottesdienst.
- Ruppendorf. Kirchweihfest. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Wetter-Aussichten.

- 6. November: Veränderlich, milde, windig, teils stürmisch.
- 7. November: Wolken, Sonne, vielfach stürmisch, Nachts kalt.
- 8. November: Sonne, vielfach heiter, milde, windig.
- 9. November: Veränderlich, kühl, windig.
- 10. November: Wolken, Niederschläge, nachts, Nachts kalt, sehr windig.
- 11. November: Wolken, teils Sonne, normal temperiert.
- 12. November: Wolken, herbstlich kalt, strichweis Niederschlag.

Frischen Blumenkohl ^{empfehlen} Bruno Hamann.

Heute und morgen: frisch geräucherte Heringe, Rollmöpfe, marinierte Heringe, Senfgurken, ff. Sauertraut ^{empfehlen}

Bruno Schelbe Nachf. Alfred Fischer.

Zur Kirmes!

Rot-, Weiß- und Weißkraut, Tomaten, Äpfel, Blumenkohl, Rosenkohl, einen vollen Gallistel, sehr billig, gedr. Kaffee, gedr. Gerste, Kaffee, Puddings, Tafelöl, frisch geschlagenes Weindl, Marmeladen, Margarine, Käse und vieles andere.

Markthalle Oswald Heimann, Freiburger Platz.

Eubere Pflanzkulturen liefert Buchdruckerei G. Schue

Für die wohlthuenden Beweise lebendiger Teilnahme beim Heimzuge unserer unvergesslichen

Hilde

und für die herzlichsten Blumenfreunden sprechen wir hiermit unseren herzlichsten, innigsten Dank aus. Dippoldiswalde, am 3. November 1921.

Zustizamtman G. Schürer und Frau zugleich im Namen aller Angehörigen.

Hammelfleisch empfiehlt Richard Legler.

Arbeitspferd, Bergpfl., zu verkaufen Ritzsch, Pöfetal.

Häute und Felle kauft zu höchsten Preisen Bernh. Arnold, Bohrerberg, Gerberplatz.

Dreschmaschinen-Oel sowie sämtliche Motoren-, Maschinen-Oel usw. wie auch alle anderen einschlägigen Mittel empfiehlt I. Bekannter Gütel

Hermann Lommach, Drogerie zum Elefanten, Dippoldiswalde.

Häcksel empfiehlt H. Oypelt, Dippoldiswalde. Telefon 162

Drucksachen liefert Buchdruckerei Carl Jöhne

H. G. A. Origr. Dippoldisw. Morgen Sonnabend 7 Uhr

Versammlung im Amtsgef. Kamerad Hedrich, Dresden spricht. Ein jeder komme. Der Vorstand.

H. G. A. Origr. Dippoldisw. Rotkraut, Weißkraut, Kapsel frisch eingetroffen bei Segewald, Altenberger Straße.

Herrnanzüge Stoffhosen Joppen Halber gestrickte und Stoffanzüge für Knaben Hedwig Rösig, Sa. medeberg.

Kaffee frisch gerösteten

Preiselbeeren sowie Kaffee mit Zucker empfiehlt Bruno Hamann, Altenberg, Str.

Kaffee, frisch gebrannt und roh, Tee und Kakao, ff. Preiselbeere mit 50% Zucker, ff. Marmelade und Syrup, Margarine und Fett empfiehlt

Bruno Schelbe Nachf. Alfred Fischer. Sägework möglichst Bahnanschl. mit 1 oder 2 Gatter, zur Einrichtung einer neuen Fabrikation zu pachten gesucht. Co. Beteil. Pannaber

Wer sein Geld, auch kleinere Beträge, sicher und gewinnbringend an gutgeh. rentablem Handels-Unternehmen anlegen will, verlange sof. Auskunft. Es werden 50% Reinerlös pro Jahr garantiert.

Rich. Zieschang, Dresden, Schumannstr. 56. — Fernruf 35 124.

Lüchtige Stuhlbaner haben Diege & Legler, Stuhlfabrik, Seifersdorf

Mädchen Wollt d. heiliges Bei Familienanschluß für Neuahr 1922 in Landwirtschaft gesucht. Werte Dfl. u. „G. 100“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Fertel, gute Fresser, verkauft Buchdruckerei C. Schue

Schlachtpferde kauft zum höchsten Tagespreis Möglichstherer Paul Bieber. Tel. 97.

Geld verleiht Schneeweiß, Seesbad Ritzsch.

Kaufwut und Verkaufsfreudigkeit.

Wenn jetzt über den Ausverkauf Deutschlands gesagt wird, so muß man dabei bedenken, daß zum Ausverkauf immer zwei gehören: Einer, der auskaufen möchte, und ein zweiter, der sich auskaufen läßt. Im Rheinland ist es verschiedentlich vorgekommen, daß die Inhaber von Läden Ausländern den Verkauf von Waren verweigerten, die offensichtlich den privaten Kaufenden Bedarf überstiegen. Dieser sind es nicht alle, die zu solcher Weigerung den Mut finden. Es gibt immer noch zahlreiche Ladenbesitzer, die sich freuen, wenn sie mit einem Schläge ihren gesamten Vorrat an Regenschirmen, Strümpfen, Handschuhen, Kammern und Bürsten absetzen können, und die dann abends nach Abschluß der Kasse mit Befriedigung feststellen, daß sie „ein paar tausend Mark verdient“ haben. Mit behördlichen Verböten ist leider den zahlungsfähigen Ausländern nicht beizukommen. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat ein solches Verbot erlassen, hat aber die dauernd im besetzten Gebiet wohnenden Ausländer, die Angehörigen der Besatzungsarmee, sowie die Besatzungsbehörden ausdrücklich von dem Verbot ausschließen müssen. Auch mit den Einschränkungen des Grenzverkehrs, wie sie an der Grenze Wadens und Hefens durchgeführt werden, ist noch kein wirksamer Riegel vorgehoben. Man hört oft sagen, der Massenverkauf an Ausländer sei vielleicht nicht volkswirtschaftlich nützlich, und widerstrebe vielleicht dem Gemeininteresse, sichere aber dem Verkäufer tatsächlich hohen Gewinn. Dies trifft keineswegs zu. Der ausländische Händler kauft in einem Laden heute die ganzen Bestände auf, wird aber nicht zu einem regelmäßigen treuen Kunden des Geschäfts. Die regelmäßige deutsche Kundenschaft solcher Läden, welche nicht die Wasmittel zur Verfügung hat, um sich Vorräte zu kaufen, findet bei späterem Bedarf entweder die Bestände geräumt, oder aber sie muß sehr viel höhere Preise anlegen, als sie der hamsternde Ausländer einige Wochen oder Monate vorher zu zahlen brauchte. In diesen Zeiten zunehmender Teuerung und steigender finanzieller Not steigen die Produktionskosten in Deutschland ständig. So werden selbst aus deutschem Material hergestellte Waren von Woche zu Woche teurer. Ganz oft es sich aber um Waren, die aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wurden, so muß der Preis innerhalb kürzester Zeit sogar auf das Mehrfache steigen, weil ja der Wert des fremden Geldes etwa auf das Dreifache gestiegen ist. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Ladenbesitzer besonders in der Grenzzone im Verkauf an das Ausland äußerste Zurückhaltung üben. Einsichtige Personen, die es ja überall gibt, dürfen die Mühe nicht scheuen, um Ladenbesitzer, die aus Unkenntnis gegen dies Gebot deutscher Selbsterhaltung verstoßen, aufzuklären; sonst tragen wir selbst die Schuld daran, daß die Preiswelle eine Höhe erreicht, wie sie durch die Umstände nicht gegeben wäre.

Militärregierung im polnischen Oberschlesien.

Aus Warschau kommt eine fast ungläublich klingende Meldung. Die dortige national-demokratische „Gazeta Poranna“ bringt die Nachricht, daß die Polen beabsichtigen, „für den Anfang“ in den ihnen ausgelieferten ober-schlesischen Gebieten eine Militärregierung einzusetzen und auch bereits den Generalinspektor Hęptyżki zum ober-schlesischen Gouverneur ernannt hätten. So gedenken also die Polen, ihren neuen ober-schlesischen Untertanen die fernerlich zugesagte und vom polnischen Landtag beschlossene Autonomie zu geben. Das Statut für die Wojewodschaft Oberschlesien sieht die Würde eines Gouverneurs überhaupt nicht vor. Trotz alledem scheint man die Absicht zu haben, eine Militärregierung einzuführen. Es wäre dies ja bei den Polen nichts Neues; denn auch in dem ihnen ausgelieferten Teil von Westpreußen, dem sogenannten Pommerellen, haben sie das selbe getan, und die Bewohner haben darunter schwer gelitten. Wie die Oberschlesier selbst über das ihnen in Aussicht gestellte Militärregiment denken, sagt das führende Blatt der ober-schlesischen Polen, die berichtigte „Oberschlesische Grenzzeitung“, das frühere Organ Korantys. Dort heißt es:

„Das ober-schlesische Volk würde es niemals dulden, daß in Oberschlesien eine Militärregierung eingeführt wird. Es wünscht eine starke Volksregierung, der das Militär als Werkzeug zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung dienen kann. Die ober-schlesische Bevölkerung lehnt sich nach Wiederkehr normaler Zustände, die es bereits 7 Jahre lang vermisst.“

Die an Polen abzutretenden Gebiete werden also, wenn sie nun die französische Militärregierung, die schwer auf dem ganzen Lande gelastet hat, endlich los sein werden, eine neue, vielleicht noch viel unangenehmere — wenn das möglich ist — auf sich nehmen müssen. Dem Unrecht, daß die Entente Deutschland und dem deutschen Oberschlesien getan hat, fügen die Polen ein neues hinzu. Wie da eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen möglich sein soll, ist vorläufig jedenfalls noch nicht ganz klar.

Die Teuerung in der ganzen Welt.

Dadurch, daß die Deutsche Reichsbank sehr hohe Summen fremder Zahlungsmittel (Devisen) hat einkaufen müssen, ferner durch die wahnwitzige Spekulation in diesen Papieren, ist der Stand der deutschen Mark nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch fast im ganzen Ausland sehr gesunken. Das deutsche Geld hat heute so wenig Wert, daß in Deutschland selbst eine

neue Zeitungswelle das Land durchzieht, und daß Deutschland andererseits kaum noch in der Lage ist, von fremden Ländern etwas zu kaufen. Deutschland ist aber auf die Einfuhr von fast allen Rohstoffen angewiesen. Diese Rohstoffe werden bei uns zu Halbfertig- und Fertigfabrikaten verarbeitet und dann ausgeführt. Nur durch Hebung der Ausfuhr (die aber selbstverständlich von der Einfuhr der Rohstoffe abhängig ist) kann es Deutschland annähernd möglich sein, das erzwungene Ultimatum zu erfüllen.

Es liegt also durchaus im Interesse der Entente, den Stand der deutschen Mark zu heben. Dies kann jedoch nur durch eine Revision der unerfüllbaren Friedensbedingungen geschehen. Da diese Revision aber noch lange auf sich warten lassen wird, so müssen die Ententeländer, unter denen die besonders valutatranke, England und Amerika, eine besondere Stelle einnehmen, dafür sorgen, daß die internationale Geldkrise behoben wird. Denn unter dem Tiefstand des Geldes in Mitteleuropa — es handelt sich nicht nur um Deutschland, sondern auch um Deutsch-Oesterreich, um Ungarn, Polen und, sowie es in den Weltmarkt eintritt, Rußland — leiden die übrigen Staaten, in denen das Geld sehr hoch steht, mindestens ebenso als wir. Die Arbeitslosenziffern in England und Amerika haben eine beträchtliche Höhe erreicht, und es werden dort ebenso Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Arbeitslosen zu helfen, wie in Italien. Diese große Erwerbslosenmenge kommt daher, daß die Industrie, welche für den Export für Mitteleuropa arbeitete, jetzt selern muß, weil das verarmte Mitteleuropa nichts mehr kaufen kann. Aber nicht nur diese großen Länder erfinden fast in ihrem „Reichtum“, sondern auch ein so verhältnismäßig kleines Land, wie die Schweiz, seufzt unter der Güte seines Geldes. Die Schweizer Industrie und seine Lebensmittelausfuhr ruht heute fast völlig, da niemand mehr die Produkte seines Landes bezahlen kann. Die Weltwirtschaftskrise ist also bereits auf einem so kritischen Punkt angelangt, daß nur ein Nachgeben der Entente und eine friedliche Verständigung über die Revision des Friedensvertrages helfen können.

Die Folgen der Mark-Entwertung.

Der Tiefstand der Mark ist in der Tat eine Frage, die jetzt alle beschäftigt: die Hausfrau, den Kaufmann, den Gewerbetreibenden, den Landwirt, den Beamten, den Angestellten und den Arbeiter. Jeder, der eine Familie zu versorgen, oder ein Vermögen zu verwalten hat, zermartert sich den Kopf, wie er den schlimmen Folgen begegnen soll, welche die weitere Entwertung der Mark auch für ihn haben muß. Seit der Dollarkurs über 168 immer weiter hinaus gestiegen ist, besitzt die Mark nur noch einen Wert von $\frac{1}{168}$ Goldpfennigen oder noch weniger. Welcher Weg liegt noch vor uns? Gibt es ein Halten auf der abschüssigen Bahn? Welche Folgen aber muß es für uns haben, wenn es kein Halten gibt? — Gar Mancher möchte auf alle diese so lebenswichtigen Fragen einmal eine aus gründlicher Kenntnis geschöpfte und von keinerlei parteipolitischen Erwägungen gefärbte Antwort finden.

Der sonst heute so reich besetzte deutsche Büchermarkt weist verhältnismäßig nur wenige, auch für den Laien leichtfaßliche Werke über dieses zeitgemäße wirtschaftliche Problem auf, und auch diese Schriften sind zum Teil allzu umfangreich und daher für weitere Kreise des hohen Preises wegen zumeist unerschwinglich. Umso begrüßenswerter ist eine kürzlich erschienene knappe und doch inhaltsreiche Schrift über „Die Folgen der Mark-Entwertung“, die die bestbekanntesten Volkswirtschaftler Dr. Henry Behnen und Dr. Werner Genschler zu Verfasser hat.

Es ist erschütternd, aber zum Schluß doch wieder stärkend, diese rückhaltlos offenen und klaren Antworten auf die Schicksalsfragen eines jeden Einzelnen von uns und unserer Volksgenossenschaft zu lesen. In einer Fülle von Zahlen- und Tatsachenmaterial werden uns die Gründe und tieferen Zusammenhänge unseres Saluta- und Finanzelendes aufgezeigt. Wir erkennen deutlich, daß es nicht die Nachwirkungen des Krieges sein können, denn sonst hätten sich in beinahe drei Friedensjahren doch schon Besserungen zeigen müssen. Statt dessen hat sich die Salutatranke nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa immer mehr verhärtet. Die Gründe dieser europäischen Krankheit liegen vielmehr in der völlig verfehlten und nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa verhängnisvollen Politik der Alliierten im Vertrag von Versailles und im Londoner Finanzdiktat. Die Alliierten haben Deutschland die Organisation seines Welt Handels zerschlagen, unsere Kolonien, unsere Handelsflotte und unser Auslandsvermögen haben sie uns genommen. Nicht nur für den Einfuhrüberschuß an Waren, sondern für Seefrachten an ausländische Reeder, für Zinsen an das in Deutschland angelegte fremde Kapital und schließlich für die Kriegsentwärtigung und die Kosten der feindlichen Besatzungstruppen müssen wir jährlich viele Milliarden mehr nach dem Ausland zahlen, als wir im Verkehr mit dem Ausland verdienen können. Solange dieser Zustand anhält, muß der Wert der Mark weiter sinken, und kann nur vorübergehend Besserung eintreten. Aber nicht nur Deutschland ist valutatranke. Oesterreich und Polen ellen uns auf der schiefen Ebene weit voraus. Auch Frankreich, Belgien und die anderen europäischen „Siegerstaaten“ leiden am Salutatranke. Sogar die Währungen der europäischen Neutralen haben gegenüber dem amerikanischen Dollar 10 bis annähernd 50 Prozent ihres Vorkriegswertes eingebüßt. Das makrolo-

stend Rußlands droht sich auszudehnen über die valutatranke Länder des europäischen Kontinents.

Wir Deutschen, die der drohenden Gefahr mit am nächsten stehen, dürfen um unserer Zukunft willen nicht nachlassen, mit offenen Augen der Entwicklung zu folgen. In dem Ideenkampf für eine vernünftige Aufbaupolitik in Europa, in der jeder von uns täglich seinen Mann stehen muß, vermag uns eine volkstümliche Schrift, wie die erwähnte, gute geistige Waffen zu bieten und jedem Deutschen für seine praktischen Einschlehtungen wichtige Richtlinien zu weisen.

Die Gegensätze im Stillen Ozean.

Zur Washingtoner Konferenz. Von Legationsrat Dr. Alfred Zimmermann.

Von den im Sommer die Zeitungen der Welt füllenden Nachrichten über den amerikanisch-japanischen Gegensatz ist es wieder still geworden. Man scheint den fruchtlosen Notenwechsel müde zu sein und will beiderseits wohl den Verlauf der Konferenz abwarten, die demnächst für Washington vereinbart ist. Die gesamten Fragen Ostasiens und des Stillen Ozeans sollen da ihre Regelung erfahren. Nicht die kleinste Rolle dürften die Besitzverhältnisse der ehemaligen deutschen Besitzungen spielen, deren sich während des Krieges Japan und Australien bemächtigt haben. Wäre Herr Wilson imstande gewesen, schon im Sommer 1914 dem Drange seines Herzens zu folgen, und sofort an der Seite Englands, Frankreichs und Rußlands in den Krieg einzutreten, so hätte er damals wahrscheinlich die Hand auf Kiautschou, die Karolinen und Nachbarschaft sowie Yap gelegt. Die Abneigung der öffentlichen Meinung Amerikas und die Notwendigkeit einer langen Geharbeit beraubten ihn dieser Möglichkeit. Als er Deutschland endlich in den Rücken fallen konnte, waren England und Japan ihm im Stillen Ozean zuvorgekommen. Die deutschen Südseegebiete gewannen so eine recht unangenehme Bedeutung für die Deutschen Staaten. Der natürliche Gegensatz zwischen ihnen und dem aufstrebenden Japan wuchs ganz erheblich; die Gefahr einer gewaltigen Auseinandersetzung wurde bedenklich näher gerückt. Heute ist die Lage beider Mächte so, daß ihre Stellung zu allen anderen Weltfragen von dieser Gefahr maßgebend beeinflusst wird. Die Zustimmung der Regierung Japans zu dem ungeheuerlichen Spruch in Sachen Oberschlesiens und das Schweigen der sonst so gern als Beirtrichter sich aufspielenden Amerikaner zu dieser Entscheidung, die den Fortbestand eines Sechzig-Millionen-Volkes gefährdet, sind nur zu verstehen, wenn man annimmt, daß beide Staaten sich weniger um Oberschlesien, als um England und Frankreich kümmern.

Die Vereinigten Staaten befinden sich Japan gegenüber in einer Lage, die an diejenige Mitteleuropas zu England vor dem Kriege erinnert. Zwei große auf Industrie und Handel angewiesene Völker ringen um Absatzgebiete und Weltgeltung. Japan will seinen Einfluß auf China nicht preisgeben. Es verlangt freien Zutritt für seine Auswanderer in den Küstengebieten und Inseln des Stillen Ozeans; es fordert offene Märkte für seine Waren und Anerkennung als Großmacht. Die Vereinigten Staaten erstreben die Vormacht in Ostasien und auf dem Stillen Ozean. Während sie ihre Grenzen mit Zollmauern sperren, sollen ihren Waren alle auswärtigen Märkte offenstehen. Während sie Benachteiligung eines amerikanischen Bürgers als Verletzung heiligster Rechte erklären, wollen sie Japanern den Aufenthalt innerhalb ihrer Grenzen verbieten. Um ihrer Sache sicher zu sein, verlangen sie nach dem Muster Englands, daß Japan seine Flottenbauten einschränken soll, während sie freie Hand behalten. Sie fordern endlich, daß Japan die deutsche Insel Yap, den Mittelpunkt des Kadelnekes im Stillen Ozean, wieder räumt.

Daß Japan sich in allen diesen Punkten einfach fügt, ist nicht sehr wahrscheinlich. Schon sein starkes Selbstgefühl spricht dagegen. Es würde vermutlich selbst solche Verhandlungen als unvereinbar mit seiner Würde abweisen, wenn es auf Englands Unterstützung mit Sicherheit zählen könnte. Aber diese Sicherheit besteht nicht. So gern weite Kreise in England Japan gegen das übermächtige Amerika auszuspielen möchten, die Rücksicht auf die Australier, Kanadas, Westindien und die Bundesgenossen zwingt Herrn Lloyd George zur äußersten Vorsicht. Auf der Konferenz mit den Kolonien in London hat er sich um eine klare Stellungnahme herumgedrückt. Er hat mit der Begründung, daß der nicht gekündigte Vertrag mit Japan noch ein Jahr laufe, weitere Erörterungen abgebrochen. Trotzdem ist kein Zweifel, daß es Englands Regierung sehr schwer sein würde, im Falle eines Krieges offen auf Japans Seite zu treten. Andererseits sind Sachverständige davon überzeugt, daß bei einem bewaffneten Zusammenstoß Amerika wenig Aussicht auf Erfolge in ostasiatischen Gewässern haben und seine Philippinen und Hawaii ersten Gefahren aussetzen würde.

Japan hat nun die Welt wissen lassen, daß es bereit sei, weitere Verstärkungen seiner Flotte zu unterlassen, wenn die anderen Mächte seinen Vorrang in China anzuerkennen sich geneigt zeigen. Es verlangt, im ungestörten Besitz Koreas, der Mandchurie und Schantung zu bleiben! — Bei der ganzen Weltlage und der Abneigung Englands, für andere Mächte Kastranten aus dem Feuer zu holen, dürfte eine Einigung auf dieser Grundlage möglich sein, zumal Japan auf einen ausdrücklichen Verzicht Englands und Amerikas betreffs weiterer Schiffsbauten keinen entscheidenden Wert legt. Es fühlt sich vor Angriffen sowieso genügend sicher.

Bei Kriegsbeginn ist dem Reichsminister vorgeschla-

gen worden, die doch auf die Länge unhaltbaren Säfte-Kolonien und Klantshou den Vereinten Staaten zur beliebigen Verfügung zu stellen. Man hätte durch den ernstlichen Willen zur Vermeidung nutzlosen Blutvergießens und die Falschheit der Behauptungen über Deutschlands maßloses Ehrgeiz und Vandalen erwießen. Wilson hätte das Angebot schwer ablehnen können, ohne sich in ein sehr merkwürdiges Licht zu setzen und den Japanern wäre der Kriegsgrund entzogen worden. Herr Bethmann hat aus Furcht vor der Marine dem Gedanken nicht Beachtung geschenkt. Wie anders hätte sich die Lage bei seiner Durchführung vielleicht gestaltet.

Aus Stadt und Land.

Tatos Mörder in Berlin verhaftet. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Madrid ist der Mörder des früheren spanischen Ministerpräsidenten Tatos in Berlin verhaftet worden. Der Mörder Luis Nicolau, der sich unter dem falschen Namen von Leopold Nobis in Begleitung einer Spanierin Lucia Jonquina in Berlin aufhielt, wird voraussichtlich nach Beendigung der notwendigen Verhandlungen der spanischen Polizei ausgeliefert werden.

Wochenfälle auf einem schwedischen Dampfer. An Bord des schwedischen Dampfers „Marcuria“, der aus Italien und Spanien in Malmö eingetroffen ist, wurden Fälle von Pocken festgestellt. Die Besatzung wurde sofort isoliert und alle Vorsichtsmaßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Epidemie wurden getroffen.

Die silbernen Löffel der Mademoiselle Blanche. Dem Präsidenten der Regierungskommission des Saar-gebiets ist zur ersten Ausstattung seiner Dienstwohnung in Saarbrücken ein Fonds von 280 000 Franc zur Verfügung gestellt und bei der Landeskasse des Saar-gebiets deponiert worden. Aus diesem Fonds, der auch jetzt noch die Aufwendungen für den Haushalt des in Urlaub befindlichen Präsidenten bestreitet, wurde in den letzten Tagen eine Rechnung über Betttücher für den Haushalt des Präsidenten sowie eine gewisse Summe für silberne Kaffeelöffel, die für den eigenen Gebrauch der Privatsekretärin des Präsidenten, Mademoiselle Blanche, bestimmt waren, bezahlt. Ein solcher Mißbrauch mit öffentlichen Geldern des Saar-gebiets kann nur deshalb getrieben werden, weil die Regierungskommission bis jetzt keinen öffentlichen Etat aufgestellt hat. Ob die Regierungskommission des Saar-gebiets dem Völkerbund bis jetzt schon einmal Rechnung über die Verwendung der ihr zur Verwaltung des Saar-gebiets zustehenden Mittel gelegt hat, ist nicht bekannt, aber auch nicht wahrscheinlich.

Ein Südpolarforscher gestorben. Der englische Polarforscher William Speirs Bruce ist gestorben. Bruce hat 1902 bis 1904 auf dem Schiffe „Scotia“ eine Entdeckungsfahrt in das Südpolargebiet unternommen und sich in den folgenden Jahren um die Erforschung Spitzbergens verdient gemacht.

Eine Trauerwoche für Oberschlesien. Von Seiten mehrerer Frauenorganisationen ist an die Reichsregierung die Bitte gerichtet worden, zur Wahrung der nationalen Würde und als Ausdruck des Schmerzes und der Empörung über die gewaltsame Zerstückelung Oberschlesiens eine Trauerwoche anzuordnen. Jegliche Fußarbeiten wären zu verbieten und Veranstaltungen religiöser oder anderer Art, die dem Schmerz des deutschen Volkes Ausdruck geben, anheimzustellen. — Auf Anregung der Breslauer Handelskammer hat die Breslauer Handelskammer aufgefordert, zum Zeichen der Trauer um den Verlust der wertvollsten Teile Oberschlesiens am Freitag nachmittags 4 Uhr sämtliche Geschäfte und Betriebe zu schließen. Der Oberpräsident von Niederschlesien hat aus dem gleichen Anlaß alle Tanzlustbarkeiten in öffentlichen Lokalen und geschlossenen Gesellschaften am Freitag, Sonnabend und Sonntag verboten.

Priesterermord in Oberschlesien. Der Erzpriester Strzabny aus Mosrau, Kreis Kosel, ist in der Nacht zum 1. November erschossen worden, als er vom Beichtstuhle nach Hause gehen wollte. Zwei Banditen feuerten acht Schüsse auf ihn, wovon ihn drei Schüsse in den Kopf und ein Schuß in das Herz trafen. Den Banditen ist man auf der Spur.

Polnischer Terror gegen deutsche Arbeiter. In letzter Zeit nimmt der Terror, der sich gegen deutsch-sinnige Arbeiter richtet, trotz aller Einigungsverhandlungen wieder erheblich zu. Tagtäglich kann man die aus den Betrieben des an Polen fallenden Gebietes verzogenen Arbeiter beobachten, wie sie händeringend um Arbeit und Unterkunft in Gleiwitz bitten. So ist z. B. die Familie eines Arbeiters, der zurzeit im Knappschaftslager in Anurów liegt, durch den Betriebsrat der Silesia-Hütte in Paruszkowky aus der Werkwohnung evakuiert worden.

Das Unglück im Wannsee. An der Unglücksstätte im Wannsee wurden die Taucherarbeiten fortgesetzt und drei weitere Leichen geborgen. Die Zahl der geborgenen Leichen beträgt jetzt insgesamt 5. Die Zahl der Geretteten 38. Es werden noch 9 Personen vermisst. Die Taucherarbeiten gestalten sich äußerst schwierig. Der Taucher kann noch nicht angeben, wieviel Tote sich in dem Brack des Dampfers „Storow“ befinden. Das Brack liegt über sieben Meter tief unter dem Wasserspiegel und ist zum Teil schon verschlammte. Die Balken und Eisenteile sind zerstückelt und in den Kastenraum eingedrungen. Zwischen ihnen liegen die Leichen. Der Taucher kann erst zu den Leichen gelangen, wenn er die ganze Kastele zerbrechen hat.

Die alte Reichsflagge auf dem Rhein verschwunden. Infolge des Beschlusses des Rheinschiffspersonals, fortan auf den Rheinschiffen die schwarz-weiß-rote Flagge nicht mehr zu führen, ist seit einigen Tagen die Flagge in den alten Farben vollständig verschwunden. Die Schiffe fahren gegenwärtig, da die neue Flagge nicht so rasch beschafft sein wird, gar kein Landesabzeichen an Bord.

Autounfall in der Nähe Berlins. Ein Schlägtermeister, der sich auf dem Wege von Birkenfeld nach Oranienburg befand, wurde von einem mit vier bis fünf Personen besetzten Automobil eingeholt, das

in seiner Nähe hielt. Die Fahrgäste sprangen aus dem Wagen und schlugen den Schlägtermeister mit einem Werkzeug nieder. Dann raubten sie ihm 500 Mark bares Geld und nahmen außerdem noch seine Handwerkerlaubnis mit. Der Ueberfallene wurde ziemlich erheblich verletzt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die Leuchtburg als Kriegerehrenmal. Der Altendburgische Landtag beschloß, die historische Leuchtburg mit einem Kostenaufwand von einer Million Mark zu einem Ehrenmal für die gefallenen Altendburger auszubauen.

Bestrafung litauischer Volschewisten in Deutsch-land. Bereits vor mehreren Tagen hatte die politische Abteilung des Königsberger Polizeipräsidiums Kenntnis davon erhalten, daß eine Anzahl litauischer Volschewisten nach Königsberg kommen würde, um hier Besprechungen abzuhalten. Nun gelang es, zehn Männer, alles Altauer, festzunehmen, außerdem wurde ein großer Stoß wichtigen Materials beschlagnahmt. Die zehn Verhafteten wurden in das Polizeigefängnis gebracht.

Schwere Stürme in der Nordsee. In Hamburg stieß wieder der gesamte ausgehende Schiffsverkehr wegen schwerer Südweststürme. Der auf der Reede von Altenbruch liegende dänische Dampfer „Danella“ wurde von einem ausgehenden englischen Dampfer angerannt und erheblich beschädigt. Man befürchtet weitere Schiffsunfälle.

Blut in Gelsenkirchen. Eine fürchterliche Bluttat hat sich in Gelsenkirchen abgespielt. In einer Wirtschaft, in der ein Tanzergnügen stattfand, belästigten zwei junge Burken ein junges Mädchen und wurden deswegen von dem Wirtsohn und einigen Gästen aus dem Lokal entfernt. Draußen fielen mehrere Schüsse. Die Kugeln schlugen durchs Oberlicht in das Lokal. Ein Schuß durchbohrte die Kollade und traf einen am Fenster stehenden, an der Sache völlig unbeteiligten Bergmann. Dieser war sofort tot. Dieselbe Kugel verletzte sodann noch einen Maschinenführer, der eine leichte Verwundung am Hinterkopf erlitt. Die erregten Gäste stürmten auf die Straße, um die Täter festzustellen; sie wurden draußen sofort mit zahlreichen Schüssen empfangen, durch die drei weitere Personen getroffen wurden. Bisher ist es nicht gelungen, die Mordbuben zu verhaften.

Verhaftung der Mörder Tatos. Die Meldung des „Temps“, wonach es der Berliner Polizei gelungen sei, die Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Tatos zu verhaften, wird von deutscher Seite dahin bestätigt: Es handelt sich um einige spanische Staatsangehörige, die des Mordes an Tatos beschuldigt worden sind, den Syndikalisten Luis Nicolau Fort und Lucia Joaquina Concepcion. Die Verhaftung erfolgte bereits am 29. Oktober, wurde aber von der Berliner Polizei bisher geheim gehalten, da man hoffte, noch weiteren an der Bluttat Beteiligten auf die Spur zu kommen. Die Verhafteten gehören spanischen Syndikalistenkreisen an. Sie hielten sich nach der Mordtat in Barcelona, später in Paris auf. Von dort begaben sie sich nach Berlin, wo sie am 25. Oktober eintrafen. Wie erinnertlich, wurde der Ministerpräsident Tatos zu Anfang März dieses Jahres in Madrid ermordet, als er sich auf dem Wege von seinem Ministerium ins Parlament befand. Er wurde durch eine Anzahl von Revolver-schüssen niedergestreckt. Inwiefern die beiden Verhafteten an dem Attentat beteiligt waren, wird sich erst von Madrid aus feststellen lassen können. Ob eine Auslieferung nach den bestehenden Staatsverträgen möglich ist, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Gegenwärtig finden zwischen Berlin und Madrid darüber Verhandlungen statt. Die spanische Botschaft hat dem Berliner Polizeipräsidium den Dank ausgesprochen für die wertvolle Unterstützung. Auf die Ermittlung der Mörder hatte die spanische Regierung eine Belohnung von einer Million Pesetas ausgesetzt, das sind nach heutigem Kurs gerechnet über 24 Millionen Mark. Der größte Teil dieser Belohnung wird nun nach Berlin fallen, und den Personen zukommen, denen die Aufführung und Festnahme der Verbrecher geglikt ist.

Entgleisung des D-Zuges Hamburg-Stettin. Wie aus Neubrandenburg gemeldet wird, entgleiste der D-Zug Hamburg-Lübeck-Stettin, der den Hauptbahnhof 8,20 Uhr vormittags verläßt, am Dienstag nachmittags kurz nach 1 Uhr bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Neekla bei Neubrandenburg mit drei Personenwagen. Eine große Anzahl Reisender wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist groß. Der Stettin-Hamburger Personenzug hatte die Strecke kurz vorher passiert.

Ein fetterer Geburtstag. In Walterberg im Rheinland konnte jetzt die Witwe Wilhelm Kübbeler ihren 105. Geburtstag feiern. Trotz des hohen Alters ist die Greisin geistig und körperlich noch frisch.

Millionenvermächtnis für die Goethe-Gesellschaft. Das kürzlich in Essen gestorbene Fräulein W. M. Seyden hat, wie die „Essener Allgemeine Zeitung“ meldet, fast ihr ganzes Vermögen im Betrage von über fünf Millionen Mark der Goethe-Gesellschaft in Weimar vermacht.

Der Streit im Wirtshaus. In Saarbrücken entstand am Freitagabend zwischen Zivilisten und französischem Militär in einer Wirtschaft ein Streit, der sich auf der Straße fortsetzte. Der Buchhalter Jenneswein wurde von den Soldaten zu Boden geschlagen und durch Steine am Kopf so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Die Soldaten sind festgenommen worden.

Ein germanisches Gräberfeld in Dänemark entdeckt. Bei Sanallationsarbeiten in Dänemark ist eine germanische Totenurne mit Knochenresten gefunden worden. Die Urne stand, von einer schwarzen Brandschicht umgeben und von einer helleren Sandschicht überdeckt, einen Meter tief im Boden. Vermutlich handelt es sich bei dem Fund um die Ausdeckung eines großen germanischen Gräberfeldes, das Hunderte von Gräbern bergen muß.

Blutspend in Polen. Die Nachrichten aus Polen über eine außerordentliche Verbreitung, die

die Flecktyphusepidemie in Galizien und in Königreich Polen genommen hat, werden immer ungünstiger. Von April bis September sollen nicht weniger als 122 634 Fälle konstatiert worden sein. Der Grund für diese außerordentliche Verbreitung wird in der Hauptsache auf das Fehlen von Medikamenten und hygienischen Einrichtungen zurückgeführt.

Frankösischer Militärjustiz. Das französische Militärgericht im deutschen Trier verurteilte den Kreis-Schulrat Schmod aus Bonn wegen „Aussprechens von Schimpfwörtern über die Besatzungsstruppen“ zu drei Monaten Gefängnis und 8000 Mark Geldstrafe.

Keine Nachrichten. Am Montag beginnt vor dem Assisenhof in Braunschweig der Mordprozess gegen den des 14fachen Mordes angeklagten modernen Glaubart Bandru.

Der Altmeister der deutschen Herdenbestände. Wurmher Geheimer Rat Professor Dr. Wilhelm Erb, 84 im 81. Lebensjahre in Heidelberg gestorben.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

(12. Fortsetzung.)

Tabel wußte sie, daß sie zu weit gegangen, daß ihr nichts anderes übrig blieb, als ihre Worte zurückzunehmen oder abzuschwächen. Entsetzlich dieser Gedanke! Demütigen mußte sie sich gerade demjenigen gegenüber, den sie so gering zu achten glaubte. Sie sah ein, daß sie sich in seinem Charakter getäuscht hatte. Er war kein Feigling, keine Bedientenseele, kein Schwächling. In diesem Augenblicke hatte er sich ganz und gar als Mann gezeigt von rücksichtsloser Bestimmtheit und Willenskraft, von klarer Berechnung, von stolzem Wagemute. Trotz ihrer Niederlage imponierte ihr sein Auftreten. Aber doch schauerte sie bei dem Gedanken, ihn immer um sich haben zu müssen. Sie bereute, jetzt bereits den Tausch zwischen Hellmut und ihm War das etwa schon die Strafe, die das Schicksal über sie verhängt hatte für ihre angezeigte Feindschaft?

„Ich gebe zu“, sagte sie mit klanglosem Tone, „daß ich mich von einer Laune habe hinreißen lassen, etwas zu sagen, was Sie verletzen mußte, und was nicht meiner wahren Meinung entspricht. — Ich bin in letzter Zeit so reizbar und nervös geworden und kann es nur diesem Umstände zuschreiben — daß ich mich so weit vergaß. Lassen Sie uns das Vorgefallene verzeihen, und respektieren Sie, bitte, meinen Wunsch, fortan nicht unausgefordert in meine Bahnen zu treten.“

Kohlrausch war durch diese Erklärung völlig befreit. Er verbeugte sich tief, half ihr in den Sattel und schwang sich dann selbst auf sein Pferd.

Um ihre letzten Worte noch etwas zu mildern, fügte Agnes hinzu:

„Sollte ich künftig eines fremden Dienstes bedürftigen, dann werde ich mich Ihrer erinnern.“

Sie wollte ihm damit nochmals zu verstehen geben, daß er es nicht wagen dürfe, sie mit seinem Geschwätz unausgefordert zu behelligen. Nein, er sollte keine Gelegenheit haben, von Gefühlen zu sprechen, die ihr vollständig gleichgültig waren, ja, die sie im Innern höchlich belächelte. Ein Inspektor Ambeter der Baronesse von Dagen. Wahrscheinlich, es war schon weit gekommen mit ihr, wenn ein Angestellter sich soweit verzeihen konnte, seine Augen zu ihr zu erheben; ein Soubretchen mit dem so unendlich spießbürgerlichen Namen „Kohlrausch“.

Ihre Taktik sollte sich fortan in einer Richtung bewegen, daß ihm stets zum Bewußtsein kam, wie turmhoch ihre gesellschaftliche Stellung über der seinen stand, nicht allein in Hinsicht auf seinen abhängigen Posten, den er auf dem Gut ihres Vaters einnahm, sondern vielmehr durch den Unterschied zwischen Name und Geburt.

Sie hatte heute zwar eine empfindliche Lektion von ihm erhalten, er war nicht zu beschelden geblieben, wie er ihr bisher immer gezeigt, nein, er besaß tatsächlich eine gehörige Dosis angeborener Selbstachtung, die fast an Ueberhebung grenzte, wie der Vater ganz richtig wahrgenommen. Aber sie wollte sich schon revanchieren. Allmählich würde sie ihn doch wieder unterliegen; allmählich würde sie ihn auch empfindlicher machen für Kränkungen, und zuletzt würde sie ihn in den Staub treten, wohin er gehörte, wenn sie nicht überhaupt für seine gänzliche Entlassung sorgte. Sie ärgerte sich im Stillen maßlos über das Ertrittene und würde ihr Leben lang an diesen Auftritt denken.

„Werde jederzeit zu Diensten stehen, Baronesse.“

„Apropos! Mir fällt ein, daß ich schon heute einen kleinen Auftrag für Sie habe“, rief sie hinüber, um mit der Demütigung gleich zu beginnen.

Er lehnte sich ihr wieder zu.

„Seit geraumer Zeit höre ich spät am Abend, manchmal auch bei eindringender Nacht, Stimmengeräusche in der Nähe meines Fensters, das ich gewöhnlich offen lasse. Die Geräusche kommen hinten aus dem Park und hören mich.“

„Ich werde dafür Sorge tragen, daß Sie nicht mehr belästigt werden“, gab er zur Antwort und sprengte jetzt den Weg zurück, den er gekommen war. Der Auftrag dünkte ihm zwar nicht besonders ehrenvoll und wäre besser an die Adresse des Gutsverwalters gerichtet gewesen. Aber da er einmal zugesagt hatte, wollte er sein Wort halten.

Als Kohlrausch den Wald verlassen hatte, ritt er im Schritt. Eine Triumphempfindung ohnegleichen erfüllte ihn. Er fühlte seinen Sieg bis an die Fingerspitzen. Sinnberauscht sah er ferngerade auf seinem Tier und lächelte befehlend. Stürmisch arbeitete das Blut in seinem Körper; die Pulse schlugen sich bis zum Bersten. — Nachdem der Aufruf in seinem Innern sich eingemessen gelegt hatte, überdachte er seine jetzige Situation. Von ihrer Seite mußte er auf alle möglichen Ränke gefaßt sein, mußte erwarten, daß sie mit List und Schlaueit den Boden unterminierte, auf dem er augenblicklich noch recht fest stand. Es war nur ein vorübergehender Waffenstillstand, den sie, der Not gehorchend, mit ihm geschlossen hatte. Das wußte er nur zu gut. Aber dann? —

(Fortsetzung folgt.)